

epd-Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main

Geschäftsführerinnen: Ariadne Klingbeil, Dr. Stefanie Schardien

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs

Verantwortlicher Redakteur epd-Dokumentation: Uwe Gepp

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags

Bezugspreis **Online-Abonnement** „epd-Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 33,25 Euro,
jährlich 399 Euro, vier Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar.

Online-Abonnement inkl. Archivnutzung von „epd Dokumentation“ (ab Jahrgang 2001):
jährlich 469,80 Euro

Bestellservice: GEP gGmbH Leserservice, Postfach 1154, 23600 Bad Schwartau,

Tel.: 0451 4906-830, Fax: 0451 4906-950, E-Mail: gep-leserservice@medienexpert.com

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel.: 069/58098-209,

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für
„epd-Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd-Dokumentation“, bzw. Teile
daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder
elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel.: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 20. August 2024

www.epd.de

Nr. 34

■ Demokratie ist ein Marathon – Über den Umgang mit rechten Parteien im Osten Deutschlands

Kongress der Ev. Akademien Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin, Franckesche Stiftungen, Halle (Saale), 19. bis 20. April 2024

■ Stellungnahmen zur Demokratie

Evangelische Akademien in Ostdeutschland, Mai/Juni/Juli 2024

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführerinnen:
Ariadne Klingbeil, Dr. Stefanie Schardien
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ Editorial

Dass das Jahr 2024 für die politische Landschaft vor allem der Neuen Bundesländer von entscheidender Bedeutung sein wird, war den Direktoren und Direktorinnen der Ostdeutschen Evangelischen Akademien sehr klar. Schon kurz nach Jahreswechsel verabredeten die Evangelische Akademie zu Berlin, die Evangelische Akademie der Nordkirche, die Evangelische Akademie Thüringen, die Evangelische Akademie Sachsen und die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt deshalb ihre Diskurskraft zu bündeln.

Ein bereits längerfristig geplanter Kongress in Halle (Saale) rückte noch deutlicher in den Fokus. Zusätzlich zu den ohnehin in den einzelnen Akademien geplanten Veranstaltungen und Aktivitäten auf Länderebene gab und gibt es monatliche Fachgespräche mit denen sie die weiteren Entwicklungen des Superwahljahres mit Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen im Blick behalten werden und gleichzeitig den Austausch untereinander und mit Fachleuten zum Thema pflegen. Daraus entstanden und entstehen Stellungnahmen zur Demokratie als Wortmeldungen, die fortlaufend veröffentlicht werden. In dieser Ausgabe der *epd Dokumentation* erscheinen die Stel-

lungnahmen von Mai bis Juli. Die von den Ev. Akademien in Ostdeutschland von Februar bis April veröffentlichten Stellungnahmen sind in der *epd Dokumentation* 18/2024 enthalten.

Vom 19. bis 20. April 2024 veranstalteten die Evangelischen Akademien aus Thüringen, Brandenburg (Berlin), Sachsen und Sachsen-Anhalt dann den geplanten Kongress unter der Überschrift »Demokratie ist ein Marathon – Über den Umgang mit rechten Parteien im Osten Deutschlands«. Zu Gast war der Kongress in den Franckeschen Stiftungen in Halle (Saale) in Sachsen-Anhalt. Eine Analyse und Orientierung sowie ein Impuls zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure und der zivilgesellschaftlichen Verantwortung der Kirchen war das Ziel dieses Kongresses. Die überwiegend in ländlichen Räumen agierenden Akademien Ostdeutschlands haben einen besonderen Fokus auf die vielen kleinen Initiativen und einzelne Akteure in den kleinen Städten und ländlichen Regionen ihrer Einzugsgebiete gelegt.

Übereinstimmender Tenor bei den Teilnehmenden war die Tatsache, dass Umfragen noch keine Wahlergebnisse sind. Deshalb bleibe es notwendig, der extremen Rechten entgegenzutreten,

wo immer sie auftritt und ihre Behauptungen nicht unwidersprochen im Raum stehen zu lassen. Es gelte, anzutreten gegen autoritäre Herrschaftsansprüche, gegen die Verächtlichmachung der Demokratie und ihrer Institutionen, gegen die zunehmende Russlandverherrlichung, sowie gegen Ideologien von Volkshomogenität und den damit verbundenen Ideen von Remigration.

Mit über 80 Teilnehmenden stieß der Kongress auf große Resonanz. Die engagierten Menschen aus Zivilgesellschaft, Politik und kirchlichen Kreisen, aus denen die Teilnehmendenschar überwiegend bestand, schätzten die fachlichen Inputs und lebhaften Diskussionen. Die Veranstalter ziehen eine positive Bilanz und sehen ihr Ziel, die demokratischen Kräfte und Institution für die kommenden Monate in diesem wichtigen Wahljahr zu stärken, zu vernetzen und zu ermutigen als erfüllt an.

Dieser Band soll die Debatten, Impulse und Vorträge einem breiten Publikum zugänglich machen.

Christoph Maier, Direktor der Ev. Akademie Sachsen-Anhalt

Quellen:

Demokratie ist ein Marathon – Über den Umgang mit rechten Parteien im Osten Deutschlands

Kongress der Ev. Akademien Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin, Halle (Saale), 19. bis 20. April 2024

Stellungnahmen zur Demokratie

Evangelische Akademien in Ostdeutschland, Mai/Juni/Juli 2024

Inhalt:

Demokratie ist ein Marathon – Über den Umgang mit rechten Parteien im Osten Deutschlands

- ▶ Christoph Maier:
Absage an Geist, Logik und Praxis der Destabilisierung **4**
- ▶ Valerie Schönian:
Kaninchen vor der Schlange – Eine essayistische Einführung in die Tagung **6**
- ▶ Dr. Alexander Leistner:
Stabilität, Instabilität, Destabilisierung – Die Lage im Südosten:
Kunde von einem unruhigen Land **12**
- ▶ Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff:
Demokratie ist kein Selbstläufer – Warum eine Zusammenarbeit
mit Extremisten unmöglich ist **22**
- ▶ Podiumsdiskussion:
Wie hältst Du's mit der AfD? Lösungen auf kommunaler Ebene **27**

Stellungnahmen zur Demokratie

- ▶ Evangelische Akademien in Ostdeutschland:
- Den Vormarsch der extremen Rechten stoppen – Warum die Europawahl
richtig wichtig ist **32**
- In guter Verfassung – Warum starke Institutionen keine Diktatur der Eliten sind **33**
- Christliche Hoffnung motiviert zum Kampf gegen den Klimawandel –
Warum wir einen Green Deal 2.0 brauchen **34**

Absage an Geist, Logik und Praxis der Destabilisierung

Christoph Maier, Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg

Ergebnisse des Kongresses »Demokratie ist ein Marathon«

Die Journalistin Valerie Schönian eröffnete die Tagung mit persönlichen, essayistischen Betrachtungen. Dabei legte sie einen klaren Fokus auf die hoffnungsvollen Aufbrüche und Initiativen, die sich für eine starke Zivilgesellschaft einsetzen. Wo viel im Umbruch ist, sei auch alles möglich. Wichtig sei es, so Schönian, denen, die demokratische Institutionen verächtlich machen, oder ausgrenzende Ideologien oder biologistische Ideen von Zugehörigkeiten verbreiten, oder auch solche Personen verharmlosen, die jenes Gedankengut verbreiten, direkt und unmittelbar zu widersprechen. Das könne wirklich jede und jeder tun. Dabei brauche es nicht die perfekte Antwort, oder das bessere Argument – darum kann dann gerungen werden, aber wo dieser Widerspruch nicht markiert werde, entstehe ein falscher Eindruck. »Streit gemeinsam zu bestreiten, bringt demokratische Prozesse voran«.

Dr. Alexander Leistner, Kulturwissenschaftler und Protestforscher an der Universität Leipzig, entfaltete in seinem versierten Vortrag ein Lagebild zum Thema Extremismus in den Ländern Thüringen, Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Neben typischen Unterschieden in den Regionen zeichnete er gemeinsame Mechanismen auf, die die Lage im Südosten bestimmen. Unter anderem warnte Leistner vor einem exklusiven Sonderbewusstsein des »Ostens« und sensibilisierte dafür, dass sich darunter sehr schnell antiwestliche Einstellungen bis antimodernistische Werthaltungen Platz schaffen könnten. Mit mehreren Beispielen führte Leistner vor, wie Unsicherheiten von sog. »Polarisierungsunternehmern« (Stefan Mau) bewusst genutzt werden, um die Gesellschaft von innen und von außen zu destabilisieren. In Anlehnung an einen wichtigen Slogan der Friedensbewegung der DDR-Kirchen fordert Leistner von den Kongressteilnehmenden eine klare »Absage an Geist, Logik und Praxis der Destabilisierung«.

Am Abend des ersten Tages erläuterte der Ministerpräsident aus Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, seinen politischen Ansatz der klaren Abgrenzung zu Extremisten aus dem rechten und linken Spektrum. Haseloff erinnerte mit seinem Vortrag unter dem Titel »Demokratie ist kein Selbstläufer – Warum eine Zusammenarbeit mit

Extremisten unmöglich ist« an die historischen Zusammenhänge. Vor dem Hintergrund des Scheiterns der ersten deutschen Demokratie mit dem Ende der Weimarer Republik und den folgenden zwei Diktaturen, dürfe heute einer deutschen Spielart des Trumpismus, also eines nationalistischen »Deutschland zuerst«, kein Raum geboten werden. Zwar habe die CDU nach jüngsten Umfragen in Sachsen-Anhalt wieder die Position der stärksten politischen Kraft gewonnen, aber mit der Partei Bündnis Sahra Wagenknecht habe ein Player vom äußeren Rand die politische Bühne betreten, der das Parteienspektrum der Mitte stark unter Druck setze.

Der Präsident des Verfassungsschutzes aus Thüringen Stephan Kramer betonte im Gespräch mit seinem Kollegen Jörg Müller, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz in Brandenburg, dass er die Strategie des Ignorierens der AfD für gescheitert halte und mahnte eine stärkere politische Auseinandersetzung an. Der Verfassungsschutz als »Feuermelder« könne nur immer wieder laut melden »es brennt«, löschen aber müsse die Feuerwehr. Ein Verbotsverfahren gegen die AfD sieht Kramer kritisch, jedoch gebe es für seine Behörde genug Arbeit, die das vielgestaltige und klar rassistische politische Vorfeld und Umfeld dieser Partei betreffen. Die Verfassungsschützer stellten in ihrem lebhaften Gespräch auch die Bedeutung der Kommunalwahlen heraus.

Für Lösungen auf der Kommunalen Ebene stand dann auch das Abschlusspodium, auf dem David Begrich vom Bündnis Miteinander e. V. aus Sachsen-Anhalt und die Oberbürgermeisterin von Zwickau, Constanze Arndt, kontrovers über die Chancen und Grenzen einer Brandmauer gegen die AfD diskutierten. »Die Brandmauer hat nicht funktioniert. Das ist erledigt.« sagte Arndt auch im Hinblick darauf, dass die AfD bei der fortschreitenden Radikalisierung im Parteienspektrum in Sachsen wohl bald das kleinere Problem sein könnte. Die Auseinandersetzung funktioniere nicht mit ideologisch Schranken im Kopf, vielmehr plädierte sie für die Konfrontation und den Widerspruch im unmittelbaren Gespräch und durch klare Haltungsarbeit. Begrich blieb hartnäckig in seiner Forderung, dass vor allem in der Kommunalpolitik stärker über strategische politische Kommunikation nachgedacht werden müsse und markierte den schleichenden Prozess der Normalisierung von Extremen »Man muss überle-

gen, wer mit wem an welchen Orten zu welchem Zweck und aus welchem Anlass miteinander spricht. Wenn ein Vertreter einer gesichert rechtsextremen Partei am Holocaustgedenktag mit allen anderen Vertretern der gewählten Stadtratsfraktionen einen Kranz mit Schleife ablegt, stimmt etwas nicht. Die müssen eingeladen werden!« In der Auseinandersetzung blieb fast unbemerkt, dass der Vertreter der Initiative »Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage«, Niklas Gerlach, aus seinen Erfahrungen mit klaren strategischen Zielen auf gute Erfolge verweisen konnte. So habe man einen großen Anteil daran, dass die geplante Ansiedlung der Identitären Bewegung in Halle gescheitert ist und die Perspektive der Opfer im Gedenken an den Anschlag vom Jom Kippur 2019 eine zentrale Rolle in der Gedenkkultur spiele.

Vor allem in den Arbeitsgruppen am zweiten Kongresstag konnten sehr gezielt Fragen eingebracht und bearbeitet werden, die die Menschen vor Ort umtreiben. So wurde über die Frage eines »braunen« Elefanten in der Kirche, also menschenverachtenden und diskriminierenden Hal-

tungen bis hin zu Engagement in rechtsextremen Parteien unter Kirchenmitgliedern diskutiert, oder mit einem Argumentations- und Haltungstraining Reaktionen auf populistische Floskeln eingeübt. Der Präsenz rechter Argumentationsmuster im Internet wurde mit einem Meme-Workshop spielerisch begegnet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus nahm in einem Workshop Texte aus rechten Netzwerken genauer unter die Lupe. Auch die mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus präsentierten ihre Arbeit und standen für Fragen zur Verfügung.

Bereits am Vorabend konnte in einer anregenden Podiumsdiskussion mit der Thüringer Landtagsabgeordneten Dorothea Marx, der Superintendentin des Kirchenkreises Zossen-Fläming, Katrin Rudolph, und Annalena Schmidt als Vertreterin der AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte von gelungenen Koalitionen und Aktionen zwischen Kirche, Politik und Zivilgesellschaft erzählt werden. Diese, so hoffen die Veranstalter, können mit den Anregungen des Kongresses auch in Zukunft fortgesetzt und verstärkt werden. 

Kaninchen vor der Schlange – Eine essayistische Einführung in die Tagung

Valerie Schönian, freie Journalistin, Berlin

Halle (Saale), 19. April 2024

Ich beginne diese Einführung mit einer schlechten Nachricht. Keine Sorge! Ich verstehe zwar, wenn Sie jetzt den Impuls verspüren abzuschalten, bei all den vielen, die es davon gerade gibt. Ich habe den selbst oft genug. Aber ich verfolge hier einen dramaturgischen Plan. Also bitte bleiben Sie dran.

Doch natürlich müssen wir erst einmal mit der schlechten Nachricht beginnen: Es war nötig hier zusammenzukommen, um einen – so sagt es der Untertitel dieser Tagung – »Umgang mit rechts-extremen Parteien« zu finden. Nötig ist das, weil rechtsradikale und teils eben rechtsextreme Kräfte immer mehr politische Macht und Zuspruch in der Bevölkerung erlangen. Das ist – tatsächlich – eine Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie und für das Leben, wie wir es kennen.

Das wirkt bedrohlich, das macht Angst. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Aber manchmal fühle ich mich deswegen auch ein wenig ohnmächtig. Ein bisschen wie ein *Kaninchen vor der Schlange*. Deswegen, Sie haben es sich schon gedacht, der Titel dieser Einführung.

Wie soll man damit umgehen? Gerade hier, in Ostdeutschland, wo drei Landtagswahlen anstehen, bei denen die AfD – von der einige Landesverbände als gesichert rechtsextrem gelte – in Umfragen vorn liegt? Das ist eine Frage, die auch mich umtreibt und ich freue mich darauf, mit Ihnen in den nächsten zwei Tagen Antworten zu finden.

Doch dabei wird schnell etwas vergessen: Um die Antworten, die man da findet, umzusetzen, das alles zu stemmen, was da zu stemmen ist, braucht es – Hoffnung. Darauf, dass das alles auch etwas bringt.

Und Hoffnung entsteht, wenn man sich nicht nur auf die AfD konzentriert. Sondern wenn man woanders hinsieht. Wenn man sieht, was da alles noch ist. Auch, und gerade, in Ostdeutschland, über das wir auf dieser Tagung sprechen. Aber zunächst möchte ich erzählen von dem, was da alles hier, im Osten, noch ist.

Dazu noch ein paar Worte zu mir: Mein Name ist Valerie Schönian. Ich bin geboren im Herbst 1990 in Gardelegen in Sachsen-Anhalt. Aufgewachsen bin ich in Magdeburg. Ich bin also ziemlich genauso alt wie das wiedervereinigte Deutschland. Als Journalistin und Autorin beschäftige ich mich seit Jahren mit dieser Region, in der ich aufgewachsen bin, und der Frage, was dort eigentlich gerade passiert.

Dabei, das muss man vorweg schieben, habe ich mich bis ich Mitte zwanzig war überhaupt nicht besonders für »Ostdeutschland« interessiert. Ost und West waren für mich Himmelsrichtungen. Die DDR Geschichte wie das Römerreich. Abgeschlossen und vorbei. Immerhin gehöre ich zur ersten Ost-Generation, die mit *Pampers* aufwuchs statt Windeln aus Baumwolle. Das *Nutella* stand für mich immer ganz selbstverständlich neben dem *Nudossi*.

Dass sich das geändert hat, hat auch irgendwie mit dem Erstarken rechtsextremer Kräfte zu tun.

Denn seit erst Pegida entstand, dann die AfD immer stärker geworden ist, war »der Osten« auf einmal Thema in der bundesweiten Öffentlichkeit. »Was ist mit den Ostdeutschen los?«, war so eine oft gestellte Frage. Aber immer, wenn über »den Osten« geredet wurde, wurde das eben nur im Zusammenhang mit Pegida oder der AfD getan. Und das führte dazu, dass ich mich einerseits sehr angesprochen gefühlt habe und andererseits auch überhaupt nicht. Denn schließlich kam ich ja aus »dem Osten«, und auch ich machte mir Sorgen. Und doch hatte der Osten, der da ausschließlich beschrieben wurde, gefühlt nicht so viel mit der Region zu tun, in der ich aufgewachsen bin.

Und so wurde ich, mit Mitte zwanzig, zum Ossi. Und das bin ich geblieben. Weil der Osten für mich, die dort aufgewachsen ist und Familie hat, natürlich immer schon viel mehr war, und mehr ist, als die AfD. Und ich das Bedürfnis hatte, das sichtbar machen zu wollen.

Was ist das also, dieses mehr?

Oft höre ich Leute, die den Osten verteidigen wollen, von Hochkultur, Geschichte, Landschaft

reden: die Wartburg, die Friedliche Revolution, die Ostsee. Das ist auch alles schön und gut.

Wenn ich selbst aber an »den Osten« und seine schönen Seiten denke, dann denke ich nicht zuerst an die Vergangenheit. Sondern daran, wie unfertig er ist, noch immer. Und wie gut das ist.

Was ich damit meine? Fangen wir von der anderen Seite an.

Ich habe mal eine Zeitlang in München gelebt. Dort habe ich eigentlich nur perfekt renovierte Häuser gesehen, kaum Graffiti an den Wänden, keine bröckelnden Fensterbretter und keine Weinflaschen auf dem Boden. Alles ist in Ordnung, alles hat seine Ordnung. Um 20 Uhr machen die Supermärkte zu, an einer roten Ampel bleibt man stehen, es gibt keine Partys in leeren Gebäuden, weil es keine leeren Gebäude gibt.

Verstehen Sie mich nicht falsch: München ist eine tolle Stadt, die Leute freundlich, die Isar einer der besten Flüsse der Welt. Aber: Die Stadt ist eben auch sehr fertig. Mir persönlich war sie das immer ein bisschen zu sehr.

Der Osten ist da anders. Das Leben und Sein hier fühlt sich, für mich, nicht so eingengt an, irgendwie leichter, elektrisierend. Klar, das ist kein unumstößlicher Fakt. Es ist eher ein Gefühl. Mein Gefühl, wenn ich in Ostdeutschland unterwegs bin. Mein Eindruck ist, dass die Grundstimmung hier mehr geprägt ist von Ungezwungenheit, Ungebundenheit, Leichtigkeit – von Freiheit. Dass hier nichts vor sich hinsieht. Sondern alles in Bewegung ist, alles unter Strom steht.

Und ich bin da nicht die einzige, die das so sieht.

Eigentlich jedes Mal, wenn ich in Magdeburg bin, meiner Heimatstadt, ist dort eine neue Bar, ein neues Bündnis, eine neue Initiative entstanden, von Menschen, die schon lange dort leben oder neu hinzu gekommen sind. In Kalbe (Milde), wo meine Oma wohnt, lädt ein Verein jedes Jahr zweimal Künstler:innen aus aller Welt ein, damit sie dort arbeiten und leben können, und organisiert mit ihnen Veranstaltungen in der Stadt. Überall im Osten werden ständig kleinere und größere Festivals, in Städten und auf dem Land organisiert, die sich selbst als antirassistischer und antisexistischer Schutzraum verstehen. In Salzwedel haben ein paar Dutzend Menschen eine solidarische Wohnungsbaugenossenschaft gegründet, mit der sie jetzt gemeinsam leerstehende Häuser aufkaufen und renovieren, um sie

dem Immobilienmarkt zu entziehen und dauerhaft bezahlbaren und selbstbestimmten Wohnraum zu schaffen.

In Zeitz haben Leute in einem ehemaligen Kloster eine Kultur- und Bildungsstätte gegründet. Im thüringischen Landkreis Sonneberg – der bekannt wurde, weil die AfD dort ihren ersten Landrat stellen konnte – hat ein Verein in einem riesigen, ehemaligen Schulgebäude ein Kunsthaus für alle geschaffen. Ich habe mit dem Vorsitzenden telefoniert. Als ich ihn nach seiner Utopie fragte, sagte er, er würde sie hier leben. Jemand, der in der Chemnitzer Stadtgesellschaft sehr organisiert ist, Konzerte und Veranstaltungen ins Leben ruft, sagte mir mal: Eigentlich habe er nach Berlin gehen wollen. Dann sei er geblieben. Weil er in Chemnitz noch so viel mehr machen kann.

Seit Jahren zieht der Osten junge Kreative an. Denn hier ist noch Platz. Lange wurde dieser Platz als Leere betrachtet. Aber eigentlich ist er das nicht. Zumindest nicht nur. Platz ist immer auch eine Möglichkeit.

Wo noch nicht alles fertig ist, da kann noch alles entstehen. Darin steckt das utopische Potential des Ostens. Damit ist der Osten ein Möglichkeitsraum. Seine Freiräume, seine Denkräume, das gehört zu seinen größten Schätzen.

Seit mehreren Jahren rede ich mittlerweile in jedes Mikrofon, das mir hingehalten wird, von diesen *Freiräumen des Ostens*, diesem Schatz, den der Osten da hat. Mir wurde schon Naivität vorgeworfen. Schließlich gehe es nicht nur um Kultur oder Kreativität, sondern auch um Wirtschaft. Und da müsse mehr passieren, und einen Dax-Konzern gibt es ja nicht, und die Renten, und die Lohnunterschiede, und ach, und überhaupt.

Das ist auch alles richtig. Und es ist ja in Ordnung, dem Osten weiterhin einen Dax-Konzern zu gönnen. Das tue ich auch. Aber statt zu sagen: Hey, das gibt's hier alles nicht. Könnte man doch auch sagen: Hey, hier ist alles möglich.

Das ist jetzt kein zwanghaft positives Wohlfühlgerede, sondern ein ziemlich banaler Fakt.

Denn es hängt eben auch alles miteinander zusammen. Die Jungen, die von solchen Möglichkeitsräumen angezogen werden, sind genau die, die der Osten mehr braucht – und seit 2017 ziehen mehr Menschen von West nach Ost als umgekehrt. Und, Stichwort Wirtschaft: Auch der Freiraum, der Platz war es, der dafür gesorgt hat,

dass Intel in Sachsen-Anhalt und TSMC in Sachsen Chipfabriken bauen wollen und Tesla mit seiner Fabrik bereits nach Brandenburg gegangen ist.

Was schadet es uns, von vornherein positivere Geschichten zu erzählen? Von Utopien? Oder wenigstens Möglichkeiten? Hätte, im Falle der Ansiedlungen, Druck gefehlt, die Unternehmen auch wirklich in den Osten zu holen? Ich glaube, das ist etwas, das wir lernen müssen. Druck aufbauen, aber Hoffnung verbreiten. Gleichzeitig.

Jetzt steht sie da vorn und redet die ganze Zeit von Hoffnung. Schon wieder habe ich das Gefühl betonen zu müssen, dass ich nicht naiv bin. Dass ich all die Probleme und die Gefahren auch sehe, die mit den nächsten Wahlen drohen.

Aber ist das nicht seltsam? Dass Hoffnung und Naivität so schnell zusammengeworfen werden? Und die, die alles negativ sehen, als Realisten gelten? Ist es nicht seltsam, dass das auch im Osten passiert, wo vor gerade einmal 35 Jahren eine Friedliche Revolution – eine Revolution – einen Staat niederrang, der eben noch wirkte, als würde er ewig stehen?

Vielleicht müssen wir Menschen, um zu lernen, wie wir mit all den Krisen umgehen, ein bisschen Gefühlsarbeit leisten. Und vielleicht müssen wir, als Gesamtdeutschland, das gerade tun, indem wir lernen, wieder anders nach Ostdeutschland und auf die Menschen hier zu schauen. Nicht mit Skepsis oder Ablehnung, sondern mit Neugier und dem Wunsch nach Erkenntnisgewinn.

Viele Probleme, die – unter anderem – dazu führen, dass internalisierter Rassismus auch in eine rassistische Wahlentscheidung mündet, gibt es auch in Westdeutschland. Überalterung, Stadtfucht, Migrationsskepsis, Abstiegsangst. Im Osten sind all diese Themen nur noch ein bisschen drängender. Immer wieder sehen wir, dass Ostdeutschland meist eine Art Avantgarde ist, im Positivem wie im Negativen: Viele politische Entwicklungen also, die hier passieren, passieren auch irgendwann in Westdeutschland. Das sehen wir auch immer mehr beim Erstarken rechtspopulistischer Kräfte.

Das bedeutet, einerseits: Scheitert die Demokratie, wie wir sie kennen, im Osten, wird sie überall scheitern. Das bedeutet, andererseits: Man kann auch hier lernen, wie man sie rettet.

Ich muss immer wieder daran denken, wie ich vor fast fünf Jahren in Chemnitz stand. Das war in einer ähnlichen Lage wie jetzt, kurz nach den Europawahlen und vor den Landtagswahlen. Dort wurde ein Festival veranstaltet, von Initiativen der Stadt. Es war eine Reaktion auf die rechtsextremen Ausschreitungen, die ein Jahr zuvor die ganze Republik erschreckt hatten. Auch da war ich in Chemnitz gewesen, um zu berichten. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir ein junger Mann, vielleicht zwanzig Jahre alt, der einen Wasserwerfer anbrüllte: »Frei, sozial, national« – eine rechtsextreme Parole. Sein Gesicht war wutverzerrt. Und ich dachte, wen schreit er da an? Und was passiert hier?

Dann, ein Jahr später, das Festival. Herbert Grönemeyer hat gespielt, der Rapper Fatoni. Davor standen junge Menschen, tanzten, überall Kinderwagen, Kinderlachen. Es war ein guter ganz normaler Tag, so wie ein Tag eben gut ist, wenn das Bier günstig ist und es ausreichend Toiletten gibt. Aber für mich fühlte sich dieser Tag besonders an.

Das war kein Freiraum, der immer da war. Sondern einer, der sich erkämpft wurde. Von Menschen vor Ort. Das waren nicht die Leute, die darüber Artikel schreiben oder Bücher oder in Talkshows reden oder Reden halten. Das waren Leute, die dort leben, dableiben und ihre Stadt nicht den Rechtsextremen überlassen wollen. Sondern die dem was entgegen setzen.

Deswegen fühlte sich dieser eigentlich ganz normale Tag elektrisierend an, losgelöst, frei. Weil man Freiheit, die erkämpft wurde, immer mehr spürt als eine, die selbstverständlich wirkt. Und ich glaube das gleiche gilt für Hoffnung.

Mittlerweile ist Chemnitz, bei allen Problemen, die es nach wie vor gibt, zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 gewählt worden. Chemnitz war zum Symbol für Hass geworden. Vielleicht wird es bald zum Symbol für einen Ort, an dem man den Hass nicht siegen lässt.

Was kann man also davon lernen? Einmal: Es gilt immer weiterzumachen, nützt ja alles nichts, wie meine Oma sagen würde. Und das andere: Jede Bewegung führt zu einer Gegenbewegung.

Um das zu verstehen, müssen wir gar nicht so weit zurück gucken. Denn zuletzt wurde das eindrücklich bewiesen durch die Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, die das Land erfasst haben. Eben noch saß

man erschrocken, ohnmächtig auf dem Sofa und las die Correctiv-Enthüllungen um das sogenannte »Geheimtreffen« in Potsdam. Und im nächsten Moment entstand einer der größten Protestbewegungen seit 1989.

Es bleibt abzuwarten, was konkret aus den Protesten folgt. Aber immerhin zeigten Umfragen, dass die Mehrheit der Deutschen sie unterstützte. Und auch im März fanden noch Hunderte kleine Demonstrationen in kleineren Städten statt. Und ich glaube, gerade in Ostdeutschland, ist der Wert von diesen gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Ich habe zum Beispiel mit einem Filmemacher gesprochen, der so einen Protest in seiner Heimatstadt, dem sächsischen Rodewisch, organisiert hat. Er hat mir erzählt, wie er zwischenzeitlich überlegte das Ganze abzusagen, weil er nicht genug Unterstützung gefühlt hat. Aber dann hat er es durchgezogen. 400 Menschen kamen. Es wurde getanzt, gesungen, gelacht – und er hat die erste politische Rede seines Lebens gehalten.

Und nicht nur das: Nach der Demonstration haben sich einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer weiter getroffen, um zu besprechen, was sie tun können. Mehrere von ihnen treten jetzt zur Kommunalwahl an. Selbst seine Schwiegermutter, »aus dem Nichts«, wie er sagte. Noch nie hatte sie irgendetwas mit Politik zu tun.

Er, der Filmemacher, sagte zu mir er habe sich wie der *Hase vor der Schlange* gefühlt. Es erinnert genau an den Titel dieser Einführung – ich hätte sie auch so genannt, doch als ich das Gespräch führte, waren die Flyer schon gedruckt. Doch immerhin zeigt das: Viele Menschen teilten offenbar dieses Gefühl, der Ohnmacht.

Aber der Protest, sagte er, habe ihn aufgeweckt und daran erinnert, dass sie etwas tun können. Nun habe er wieder Hoffnung.

Hoffnung entsteht also durch machen. Durch Anfangen. Und weitermachen. Und immer immer weitermachen.

Noch eine Sache, finde ich, kann man von ihm, und generell vom Osten, lernen: Wie man die anspricht, die eine andere Meinung haben. So ist er, der Filmemacher, auch ganz gezielt vor seiner Demonstration auf die Menschen zugegangen, die in manchen großen politischen Fragen ganz anderer Meinung sind als er. Ist ja eigentlich logisch. Denn wenn es schließlich um so etwas geht, wie die Demokratie zu retten, dann ist es auch wich-

tig, alle Demokrat:innen anzusprechen – auch die ganz Linken, auch die rechts-konservativen. Gerade im Osten ist das nötig. Und hier versteht man das vielleicht schon besser.

Hier muss man schließlich schon länger lernen, wie man nicht gegeneinander redet, sondern miteinander. Wie man damit umgeht, wenn nicht nur in Politik, sondern auch an Stamm- oder Familientischen schwer vereinbare Positionen aufeinandertreffen. Das ist anstrengend, das ist mühsam, aber wir müssen in diese Auseinandersetzungen gehen.

Immerhin liegt es an den Demokratinnen und Demokraten, zu diskutieren, wie die Gesellschaft funktionieren soll.

So entsteht vielleicht Streit. Aber genau dieser Streit stärkt das Verständnis füreinander – und die Fähigkeit, Probleme zu lösen. Einen Streit gemeinsam zu bestreiten bringt den demokratischen Prozess voran.

Aber dieser Streit muss anders geführt werden, als noch vor einigen Jahren. Denn wenn eine in Teilen rechtsextreme Partei die große politische Bühne betritt, dann ändern sich die Zeiten. Dann kann man nicht einfach weiter reden wie vorher, nicht im politischen Betrieb, nicht in den Medien, auch nicht im persönlichen Gespräch.

Ich glaube, wir müssen im Gespräch bleiben auch mit denen, die schon darüber nachdenken eine in Teilen demokratiefeindliche Partei zu wählen oder das vielleicht schon getan haben. Es gibt immer wieder Menschen, die fordern, das nicht zu tun. Eine Zeitlang habe ich das selbst so gesehen; auch, weil es bequemer ist. Aber mittlerweile geht das an den politischen Realitäten vorbei.

Was ist aber wichtig, wenn wir solche Gespräche führen?

Ich habe natürlich keine perfekte Antwort, aber ein paar Ideen:

Erstens, man muss erklären und übersetzen. Immer wieder, was »rechtsextrem« bedeutet. Dass es eben nicht nur darum geht, kritisch gegenüber Migration eingestellt und von der Politik genervt zu sein und es auch keine leere Hülse des Verfassungsschutzes oder der Medien ist. Sondern dass es auch darum geht, Freunde, Nachbarn, Familien nicht in diesem Land haben zu wollen; darum, demokratische Institutionen abzubauen und

zu unterwandern und damit auch das Leben, das wir alle führen.

Dafür muss man sich, zweitens, mit Wissen ausrüsten. Man kann sich nicht immer an alle Argumente erinnern. Aber: Man kann sie im Handy abspeichern oder ausdrucken und in der Hosentasche mit sich herumtragen.

Letzte Woche hat mein Mann mir nach einem Geburtstagsfest erzählt, dass jemand dort sagte, Björn Höcke sei doch harmlos, er habe schließlich im TV-Duell, das letzte Woche stattfand mit Mario Voigt von der CDU, ja überhaupt nichts Faschistisches oder Rechtsextremes gesagt, das sei nur von den anderen in der Runde gekommen – dieses Fest war nicht in Ostdeutschland, das war in Berlin. Danach habe ich mir auf meinem Handy ein Fotoalbum eingerichtet, in dem ich Zitate von Björn Höcke abgespeichert habe, um auf solche Argumente vorbereitet zu sein, wenn ich das nächste Mal in eine solche Situation komme.

Ich wäre ja, nachdem ich selbst das TV-Duell gesehen hatte, in dem Björn Höcke eine eigentlich meiner Meinung nach wirklich peinliche Show ablieferte, überhaupt nicht auf die Idee gekommen, dass man das so sehen kann. Auch das zeigt, warum es wichtig ist, immer wieder ins Gespräch zu gehen. Um selbst Argumente zu haben, muss man die der anderen Seite kennen.

Drittens, wir müssen auf unsere Argumente und Sprache achten. Es ist nicht mehr an der Zeit andere politische Meinungen zu diffamieren, indem man sie mit der AfD gleichsetzt.

Egal, ob man die Grünen für zu ideologisch hält und oder die CDU/CSU für zu rechts. Keine der demokratischen Parteien ist wie die AfD. Durch solche Gleichsetzerei lässt man Rechtsextreme nur banal und harmlos wirken. Das merke ich in Gesprächen in Ostdeutschland immer wieder.

Viertens, wir müssen aushalten lernen. Ich wünsche mir mehr Geduld und Verständnis für Menschen, die bei manchen medialen Diskursen und Forderungen von einigen gesellschaftlichen Gruppen einfach oft überfordert sind.

Und ich wünsche mir mehr Geduld und Verständnis für Menschen, die durch die jahrzehntelange Erfahrung von struktureller Diskriminierung und Unsichtbarmachung, einfach oft wütend sind.

Fünftens, wir müssen Widerspruch geben, immer. Auch wenn man die anderen Punkte gerade nicht beachtet hat, also zum Beispiel gerade nicht so gut aushält oder kein perfektes Argument weiß.

Wenn jemand etwas sagt, das Menschengruppen pauschal abwertet, Faschisten als harmlos betrachtet, oder Dinge behauptet, wie dass wir in einer Diktatur leben würden, dann muss man etwas sagen.

Auch, wenn man das Gefühl hat, die Person nicht überzeugen zu können – dann muss man es für das Publikum tun, das herumsteht.

Und wenn man nur sagt: »Ich sehe das anders als du.« Oder etwas wie: »Ich habe vielleicht nicht das perfekte Argument gerade, weil ich überfordert bin, aber ich finde nicht gut, was du sagst. Es macht mir Angst.«

Egal, was man sagt, Hauptsache, es bleibt nicht unwidersprochen.

Danach kann man auch erstmal weitermachen mit dem Familienessen oder das nächste Bier bestellen in der Stammtischbar. Im Gespräch bleiben, verwandt sein, und befreundet, und ein gutes Verhältnis haben wollen – das ist alles legitim. Aber das muss Widerspruch nicht ausschließen, im Gegenteil. Zwischenmenschliche Beziehungen können gerade helfen einander tatsächlich zuzuhören. Deswegen muss man die Argumente des Gegenüber auch ernst nehmen. Und trotzdem immer Grenzen setzen. Da, wo der Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen wird.

Ich verstehe natürlich die Müdigkeit politische Diskussionen zu führen. Aber ich glaube, gerade ist nicht die Zeit, um müde zu sein.

Neben dem Punkt, ins Gespräch zu gehen, aber dieses anders zu führen, sind noch andere Dinge wichtig, die man auch alle vom Osten lernen kann. Ich kann nicht alle, die ich für wichtig halte, aufzählen an dieser Stelle. Aber lassen Sie mich zwei noch herausgreifen: Ich denke, es ist entscheidend, dass Medien und Politik anfangen vernünftige Social-Media-Konzepte auszuarbeiten, TikTok, Instagram, Telegram. Ich bin auch kein Fan dieser Plattformen, aber da sind eben viele gerade junge Bürgerinnen und Bürger, und da kann der AfD nicht das Feld überlassen werden, wie das momentan geschieht. Alles, was in der digitalen Welt passiert, ist auch ganz real.

Und zivilgesellschaftliches Engagement muss mehr unterstützt werden. Da wurde schon einiges verstanden in den letzten Jahren, aber noch nicht genug. Um sich zu engagieren, braucht es nicht nur die Bürger und ihre Zeit, sondern Geld und vor allem das Wissen, wie man an dieses Geld herankommt.

Nun, zum naja, Fast-Schluss, möchte ich noch einmal zu einem Punkt zurück kommen. Den, dass wir Menschen vielleicht ein bisschen Gefühlsarbeit leisten müssen, um mit den aktuellen Krisen umzugehen.

Denn es ist so: Ich habe viele Freund:innen, Bekannte, Familienmitglieder, die keine Nachrichten mehr schauen. Die sagen, sie würden das nicht mehr ertragen. Umfragen zeigen, dass sie damit nicht allein sind, sondern überall eine Nachrichtenmüdigkeit eingesetzt hat. Es gibt anscheinend so ein Bedürfnis nach eine Art Biedermeier. Danach, sich zurückzuziehen, um den Schmerz und die Ohnmacht, die einem einige Nachrichten einflößen, nicht mehr zu fühlen.

Ich kenne dieses Bedürfnis auch von mir selbst.

Aber ich muss da oft an ein Zitat von Audre Lorde denken. Sie war eine feministische, afroamerikanische Vordenkerin, die viel über Politik schrieb, und auch über Gefühle. So beschreibt sie in einem ihrer Bücher, ich paraphasiere etwas, wie wichtig es ist Schmerz zu fühlen. Warum? Weil ernsthaft gefühlter Schmerz sich irgendwann Luft verschaffen; sich irgendwann verändern müsse, weil man ihn sonst nicht aushalte. Sie schreibt: »So beginnt gesellschaftlicher Widerstand.«

Und ich glaube, sie hat damit Recht. Wie schnell wie viel passieren kann, haben wir bei den Demonstrationen in den vergangenen Monaten gesehen. Da ist unglaubliches passiert, das aber allein noch nicht reicht. Es muss weitergehen. Und damit die Menschen die Notwendigkeit fühlen, Demos zu organisieren, in Parteien einzutreten, Bündnisse zu gründen, ist es wichtig, dass man den Schmerz und die Ohnmacht nicht meidet. Sondern hinein geht.

Weil daraus gesellschaftliche Veränderung resultiert.

Aber wenn ich von Gefühlsarbeit rede, dann meine ich, dass wieder mehrere Dinge auf einmal passieren müssen. Um anzufangen, und weiterzumachen, immer immer weiterzumachen, müssen wir einerseits den Schmerz fühlen, für die Notwendigkeit. Und eben auch die Hoffnung, für den Ansporn.

Wir haben keine andere Wahl als hoffnungsvoll zu sein und radikal optimistisch. Hoffnungsvoll zu sein, ist nicht naiv. Sondern alles andere ist unvernünftig.

Aber man muss sie sich, gerade in besonders schwierigen Zeiten, ganz bewusst aneignen.

Wie tut man das?

Indem man aktiv sieht, was da alles noch da ist. Indem man all das auch sieht, von dem ich eben erzählt habe; diese ganzen Menschen sieht, die noch viel mehr sind, als hier angedeutet.

Überall gibt es diese Leute. Die einen friedlichen, demokratischen Osten wollen und für ihn streiten. Sie sind schon immer da. Aber sie bekommen viel weniger Aufmerksamkeit als all das andere. Es sind noch nicht genug Leute, die aktiv sind, in Ost wie West, aber es können immer mehr werden, wenn sie wissen, dass es etwas bringt, und sie nicht allein sind. Dafür brauchen sie: Sichtbarkeit.

Jede Bewegung führt zu einer Gegenbewegung. Und damit ist gerade alles in Bewegung. Und alles ist möglich.

In den vergangenen Wochen habe ich viele Menschen in Ostdeutschland gefragt, was ihnen Hoffnung macht. Fast alle haben, sinngemäß gesagt: Wir machen einfach weiter.

Und es leuchtet ein, diese Antwort. Mehr als machen kann man ja nicht. Aber machen, das kann man eben. Nützt ja alles nichts. Also los.

Ich habe diese Einführung mit einer schlechten Nachricht begonnen. Dass wir hier zusammenkommen mussten, um Antworten zu finden, weil unsere Demokratie gefährdet ist. Nun, aber das bedeutet auch: Wir sind zusammengekommen, um Antworten zu finden. Und das ist eine gute Nachricht. 

Stabilität, Instabilität, Destabilisierung – Die Lage im Südosten: Kunde von einem unruhigen Land

Dr. Alexander Leistner, Kulturwissenschaftler, Leipzig

Halle (Saale), 19. April 2024

Eingeladen, um über die Lage im Südosten im Lichte der anstehenden Landtagswahlen zu sprechen, habe ich den Vortrag erweitert um drei Leitbegriffe, die – zeitlich und geographisch – drei Blickrichtungen beschreiben. Sie sollen helfen, über ein Lagebild hinaus in drei Zügen ein größeres Bild von den Herausforderungen von Demokratie in Ostdeutschland zu zeichnen. Es geht erstens um das Verhältnis von Stabilität und Instabilität insbesondere in Ostdeutschland und der Blick richtet sich aus der Vergangenheit in unsere Gegenwart hinein. Der zweite Leitbegriff ist der der Destabilisierung und der Blick richtet sich hier aus der Gegenwart des östlichen Europas, gleichsam von außen, auf die Situation in Ostdeutschland. Ich ende drittens mit einem Ausblick – dem Blick aus unserer Gegenwart auf das, was ansteht, wenn – wie der Titel der Tagung betont – Demokratie ein Marathon ist.

Dieses große Bild soll helfen, das Gelände zu vermessen, auf dem dieser Marathon ansteht, besonders mit Blick auf Ostdeutschland und das dort teilweise abschüssige Gelände. Die drei Züge geben dann, wenn man sie ganz bildlich als einen Rahmen versteht, ein unvollständiges, unfertiges, offenes Bild. Dieser Rahmung fehlt gewissermaßen ein vierter Zug. Ihm fehlt, was ich nicht leisten kann und im Vortrag unausgesprochen bleibt: vor allem die vielen Erfahrungen und Informationen aus den Arbeitsfeldern, die die Teilnehmenden der Tagung oder Leser*innen mitbringen.

1. Stabilität und Instabilität

»In besonders ungünstigen Verläufen, deren Szenarien wissenschaftlich-schonungslos projiziert werden sollten, kann im Osten ein der westlichen Moderne sehr unähnlicher Gesellschaftstyp mit ungewissen historischen Perspektiven entstehen« (Meyer 1992)

Den folgenden Überlegungen vorangestellt habe ich ein interessantes zeitgenössisches Zitat vom Anfang der frühen 90er Jahre. Im Mai 1991 fand in Leipzig ein mit 600 Teilnehmenden aus Ost und West gut besuchter Soziolog*innen-Tag statt, den die noch im Februar 1990 gegründete

»Gesellschaft für Soziologie in der DDR« (GfS) ausgerichtet hatte. Das Thema der Tagung war: »Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme«. Auf dem Kongress sprach auch der eingangs zitierte Hansgünter Meyer, der damalige Vorsitzende der Gesellschaft für Soziologie in Ostdeutschland (GfS). Sein Vortrag begann mit einer allgemeinen Kritik an teleologischen Theorien und der Annahme, dass die Gegenwart der westlichen Moderne zwangsläufig nach Anpassungsprozessen auch die nähere Zukunft aller post-sozialistischen Gesellschaften sei. Stattdessen sensibilisierte er für eine nach vorn offene Entwicklung, bei der »künftige Zustände nicht einfach durch frühere determiniert sind«. ¹ Überhaupt sei fraglich, so Meyer, ob der Begriff Transformation nicht etwas selbstberuhigendes habe, unterstelle er doch Transformierbarkeit der alten DDR-Gesellschaft und verdeutliche das kontingente Zusammenspiel unterschiedlicher Entwicklungen: »Das historische Dramatische, eine Kette von Zusammenbrüchen, Deformationen, Deklassifizierungen, mindestens mittelfristige Missbildungen usw. und das in seinen Wirkungen und Folgen Unabsehbare, wird verharmlosend als ein linearer und finalistischer Regenerierungsprozess interpretiert«. ² Damit – so seine Befürchtung – verstelle man sich den Blick für mögliche andere Szenarien. In diesen zeitgenössischen Überlegungen von 1991 drückt sich eine Beunruhigung aus, dass nämlich offen ist, ob nicht im Übergang der DDR-Gesellschaft in das andere, das wiedervereinigte Deutschland, etwas Drittes entstehen könnte. Das ist ein interessanter Gedanke, der mit Blick auf die Forschungen zur Wiedervereinigung der letzten 30 Jahre zeigt, dass es eben deutlich unterschiedliche und auch konkurrierende Lesarten gab, wie man auf den Transformationsprozess schauen kann. Hier unterscheide ich zwischen disruptiven und adaptiven Lesarten. Letztere, die lange dominierenden, gingen von einem allmählichen Angleichungsprozess zwischen Ost und West aus. Es wurde eher gefragt, wie viele Unterschiede gibt es noch und wann sind diese langsam mal verwachsen? Dahinter steckte die Erwartung, dass sich mit den ökonomischen Verbesserungen in Ostdeutschland, gleichermaßen die Unterschiede zwischen beiden Gesellschaften einebnen. Neue Studien zeigen dabei, dass viele Unterschiede fortbestehen. Einige dabei haben sich bereits abge-

schwächt und abgemildert, besonders in ökonomischen Bereichen, auch wenn sie als Unterschiede noch sichtbar sind. Doch viele Unterschiede haben sich verstärkt, vor allem mit Blick auf die politische Kultur und damit einhergehenden Mentalitäten. Mein Kollege Steffen Mau spricht in seinem jüngsten Buch davon: »Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt« (2024). Er thematisiert dort u. a. sich verholzende Unterschiede und mentale Verkrustungen in der ostdeutschen Gesellschaft, die sich auch auf jüngere Generationen übertragen. Es sind Beobachtungen, die eher disruptive Lesarten des Wiedervereinigungsprozesses berühren und fragen lassen, wie stabil oder instabil die politischen Verhältnisse sind.³ Beobachtungen, die dazu auffordern, diese sehr spezifische Gesamtkonstellation in den Blick zu nehmen – den Unterbau der Gesellschaft, auf dem die Landtagswahlen samt aller tektonischen Verschiebungen stattfinden werden.

Die von Steffen Mau und anderen beschriebenen Verkrustungen treffen auf eine ganz bestimmte, historisch gewachsene Konstellation der ostdeutschen Gesellschaft. Für die ist eine sehr ungleiche Zeiterfahrung von Stabilität und Instabilität prägend. Hier steht besonders die Erfahrung von 1989 als charismatischem Ereignis im Fokus: Die Erfahrung des Wendeherbsts, dass man auf die Straße gehen kann und über Nacht ein politisches System in sich zusammenbricht. Das ist eine Erfahrung, die sich deutlich unterscheidet von den Stabilitätserfahrungen der westdeutschen Demokratie. Und es ist eine doppelt ungleiche Erfahrung. Sie unterscheidet West- von Ostdeutschland; und sie macht auch innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft einen Unterschied ums Ganze. Denn auf die Erfahrung eines eruptiven Systembruchs nehmen Akteure hier sehr unterschiedlich Bezug. Den einen – in der demokratischen Zivilgesellschaft – macht diese Erfahrung Angst. Weil sie schon einmal erlebt haben, wie schnell das gehen kann, dass ein System in sich zusammenbricht! Und die Anderen, Akteure der extremen Rechten, ziehen daraus ihr Selbstbewusstsein und stellen Bezüge und Vergleiche zur DDR und zu 1989 seit Jahren in den Mittelpunkt ihrer Mobilisierungen.

»Ungleich vereint« – das meint auch, dass es zwei unterschiedliche Demokratiegeschichten gibt. Und die Frage nach Stabilität und Instabilität stellt sich scharf, wenn man auf das Verhältnis und auf das Aufeinanderangewiesensein von demokratischen Institutionen und Verfahren auf der einen und demokratiestützenden Mentalitäten⁴ auf der anderen Seite fokussiert. In diesem

Wechselverhältnis ist auch die westdeutsche Demokratiegeschichte keine, bei der man schon 1949 sagen würde, dass damals 80 % der Bevölkerung überzeugte Demokrat*innen waren. Im Gegenteil: Die Akzeptanz des demokratischen Institutionengefüges in der alten Bundesrepublik brauchte das Wirtschaftswachstum und viele Jahrzehnte Konflikt, Protest, Aushandlung und Aneignung, bis demokratische Mentalitäten nachgewachsen sind. Beim ostdeutschen Fall hingegen kann man zugespitzt das Gegenteil beobachten. Das Verhältnis von Institution und Mentalität⁵ hat sich durch verschiedene Wellen und Phasen entwickelt, aber es bleiben wesentliche Unterschiede. Auf die Implementierung demokratischer Institutionen und Verfahren folgte eben kein Wirtschaftswunder. Und in den letzten Jahren zeichnet sich ab, dass demokratiefeindliche Mentalitäten an Raum gewinnen und demokratiestützende Mentalitäten und ihre Trägergruppen schwinden.

Dies wird verschärft durch eine Erosion der politisch-kulturellen Infrastruktur von Demokratie in Ostdeutschland: Eine schwache demokratische Zivilgesellschaft, überhaupt eine Schwäche des vorpolitischen Raums und das Fehlen von Institutionen, die zwischen Lebenswelt und Politik vermitteln. Hier ist über Jahrzehnte ein Vakuum entstanden, in dem die extreme Rechte zunehmend hegemonial und unwidersprochen agieren kann. Es gibt neben der Akzeptanz und Normalisierung von demokratiefeindlichen Orientierungen und Organisationen, gleichzeitig eine frappeierende Mitgliederschwäche von demokratischen Parteien. Zudem sind in Ostdeutschland Ordnungsvorstellungen wirksam, die nahelegen, wie Politik (eigentlich) funktionieren sollte, abgeleitet aus der sozialen Welt der sogenannten kleinen Leute, ein Ideal von Konfliktfreiheit, das sich harmonistisch von einem Zerrbild vermeintlich korrupter Politik und korrumpierter Politiker*innen absetzt. Das Kleine steht hier im Kontrast zum Großen, das Land im Kontrast zur Großstadt, unten gegen oben, das Innen wird gegen ein wechselndes Außen ausgespielt: Zugezogene, Geflüchteten, »die da oben« und ganz generell »der Westen«.

Eine Besonderheit, etwas aus der mentalen Landschaft Ostdeutschlands Herausragendes, möchte ich hervorheben. Weil es oft übersehen wird und weil es aber besonders wirksam ist. Ich meine ein eigensinniges und eigentümliches Verständnis von Neutralität. Eine wirksame Norm und Anforderung an öffentliche Akteure, dass sie in einem radikal entpolitisierten Sinne neutral sein müssen.

ten. Das prägt Erwartungen etwa an Schule oder politische Bildung, an die Kirchen, an staatliche Institutionen. Stellungnahmen gegen die Feinde der Demokratie; Erklärungen, dass Unparteilichkeit nicht dasselbe sei wie die Identifikation mit demokratischen Werten, mithin grundlegende Wertbindungen an Menschenrechten und Menschenwürde, werden aus dieser Perspektive als Verstoß gegen diese Alltagsnorm vermeintlicher Neutralität interpretiert und häufig als unangemessene Politisierung skandalisiert. Normative Selbstverständlichkeiten sind längst nicht mehr selbstverständlich. Das zeigt sich auch an weitverbreiteten Aversionen gegenüber Parteien, die sich verselbstständigt haben. Parteien und ihre Vertreter*innen sind längst nicht mehr nur auf Bundesebene die Paria, die Aussätzigen in der politischen Kultur Ostdeutschlands. Und dieses Paria-Verhältnis gegenüber dem Politischen überträgt sich zunehmend nahezu septisch auch auf zum Beispiel parteiungebundene politische Akteure wie Freie Wählervereinigungen.

Das möchte ich an zwei Zitaten deutlich machen. Das Erste ist ein Beispiel für dieses ganz eigenständige Verständnis parlamentarischer Demokratie. Es stammt aus Forschungen in Sachsen, wo ich seit vielen Jahren auf extrem rechten Demonstrationen teilnehmend beobachte – es dokumentiert die Rede auf einer Demonstration in Ostsachsen aus dem Dezember 2023:

»Nicht eine Partei hat gemessen an der Bevölkerung eine Mehrheit, auch die Mitglieder der einzelnen Parteien sind marginal gegenüber der Gesamtbevölkerung. Zahlenmäßig unterlegen, aber leider bestens organisiert. Mafia oder Sekten sind da in gewisser Weise vergleichbar in ihrer Struktur.«

Dies zeugt eindrücklich von einem dramatischen Missverständnis parlamentarischer Demokratie, wie es auf den Straßen facettenreich, aber in grundsätzlicher Ablehnung vereint formuliert wird. Und das zweite Zitat stammt aus einem Interview mit einem Oberbürgermeister aus Ostsachsen, der einer Freien Wählerinitiative angehört. Er erzählt aus seinem Alltag und wie auch er in eine Paria-Rolle gerät:

»Es gibt so eine Forderung nach Unpolitischem in allen Bereichen. Sportvereine tun sich schwer, bei Veranstaltungen offizielle Vertreter zu sehen. Wahlkampf findet völlig solitär statt. Manche verlieren ihre private Relevanz, weil sie nur noch als Parteiangehörige wahrgenommen werden. Ab Gemeinderatsebene ist

man die da oben. Also die Forderung, dass Politik mit Gesellschaft nichts zu tun hat, die ist fatal. [...] Ne große Geburtstagsrunde, dreißig Leute. Ein Gemeinderat fängt an etwas zu erzählen, was nichts mit Bundespolitik zu tun hat. Die Reaktion: ›Oh könnt ihr mit der Politik aufhören, da dividieren wir uns doch bloß auseinander.« (Interview Oberbürgermeister eine ostsächsischen Mittelstadt, März 2024)

So entsteht eine scharfe und folgenreiche Trennung von individueller Lebenswelt und dem Politischen.

Für die Frage von Stabilität und Instabilität sind schließlich die Jahre um 2014 ein wichtiger Zeitpunkt und Wendepunkt, an dem sich exemplarisch beobachten lässt, wie und warum das Gelände abschüssiger wird. Die geschilderten Erosionsprozesse werden verstärkt durch einen Strukturwandel demokratischer Öffentlichkeiten und der lässt sich verschärft seit 2014 beobachten. In diesem Jahr und anlässlich des ersten Einmarschs Russlands in die Ukraine entstand die zahlenmäßig wenig bedeutsame, aber folgenreiche Montagsmahnwachen-Bewegung.⁶ Anfänglich unsortiert, transportierte sie im Schafspelz einer »neuen Friedensbewegung« pro-russische Narrative.⁷ Aus dieser Bewegung heraus und um sie herum entstanden im Grunde alle heute noch wichtigen und bekannten Figuren und Kommunikationskanäle der verschwörungsideologischen Szene. Diese Zeit markiert einen enormen *Popularisierungsschub* für konspiratistische Erzählungen über die vermeintlich wahren Strippenzieher des Weltgeschehens. Entstand jener, durch die Corona-Proteste explosionsartig den Alltag überspannende Kosmos an »alternativen« Gegenöffentlichkeiten, aus denen heraus man vielleicht selbst ab und an Nachrichten in Whats-App-Familienchats weitergeleitet bekommt. Zahlen von vor zwei Jahren lassen Ausmaß und Verbreitung erahnen: Die 100 größten rechtsextremen Telegram-Kanäle in Sachsen hatten zu diesem Zeitpunkt 345.000 Mitglieder.

Ebenfalls in der Zeit zwischen 2013 und 2015 erleben wir den Aufstieg von Anti-Establishment-Parteien, allen voran der AfD. Gleichzeitig bekommt ab 2014 in Ostdeutschland die Straße eine starke Aufwertung als eine Arena des Politischen. Hier erfahren sich die Personen als unmittelbar wirksam und glauben, Entscheidungen unmittelbar erzwingen zu können. In dieser Zeit beginnt – naheliegend – eine politische Aufladung der Unmittelbarkeitserfahrung von 1989 und es etabliert sich durch Pegida eine auf 1989 bezogene Wider-

standserzählung von Ostdeutschland als Widerstandsavantgarde.⁸

Und es beginnt sich ab 2014 etwas anzudeuten, was ich Schafspelz-Proteste nenne. Damit meine ich die erfolgreiche Camouflagierung von politischen extrem rechten Akteuren, die so tun, als sei ihr demokratiefeindliches Agieren ein legitimer Bürgerprotest. Ein Beispiel hierfür ist der NPD-Kader Stefan Hartung aus dem Erzgebirge. Er hat 2014 vor Pegida noch flüchtlingsfeindliche Demonstrationen organisiert, die er in Anlehnung an erzgebirgisches Brauchtum als *Lichtelläufe* benannte – als Heimatgefühl getarnter Widerstand, den er ganz grundsätzlich meinte:

»Wir – alle – Beteiligten, Parteien, Gruppen – müssen den Bürgerprotest über unsere persönlichen Differenzen und die wenigen Prozent Unterschiedlichkeit stellen. Alle derzeit aktiven Protestplattformen haben mindestens 90% inhaltliche Schnittmengen und müssen, um endlich – im Sinne von Ergebnissen – erfolgreich zu sein, überregional das gemeinsame Ziel, nämlich einen neuen Volksaufstand fokussieren.« (Hartung 2015)

Das ist deswegen wichtig zu betonen, weil Hartung Gründungsmitglied und einer der Köpfe der 2021 gegründeten rechtsextremistischen Partei Freie Sachsen ist.⁹ Also eine Person mit einer hohen Kontinuität in der politischen Ausrichtung und Betätigung. Er steht exemplarisch für viele seit Jahrzehnten aktiven Akteure der extremen Rechten, die vielerorts Proteste anmelden und in Kommunal- und Landesparlamente gewählt wurden. Sie verbindet eine schon sehr lange bestehende strategische Agenda, die sich durch Landnahmen im vorpolitischen Raum und Anerkennungs- und Machtgewinne auszeichnet, die manche von ihnen vielleicht selbst überrascht haben dürfte. Das sind Entwicklungen, die sich in Ostdeutschland überall, wenn auch regional sehr unterschiedlich zeigen. Aber mit einem gewissen Abstand zur Tagespolitik und bei einer Einordnung in die jüngste deutsche Zeitgeschichte muss man doch nüchtern sagen: Diese Entwicklungen sind in ihrer Zuspitzung beipiello.

Seit den letzten Landtagswahlen haben wir in den ostdeutschen Bundesländern äußerst fragile politische Mehrheitsbildungen. Der Schwäche demokratischer Infrastrukturen stehen kapillare Strukturbildungen der extremen Rechten entgegen. In vielen Städten und Gemeinden sind Netzwerke lokaler Protestunternehmer und entsprechende Milieus entstanden, die anlassbezogen Proteste

initiiieren können. Gleichzeitig hat sich die Lage zwischen den letzten Landtagswahlen 2019 und den Kommunal- und Europawahlen 2024 stark verändert. Vor fünf Jahren konnte man noch auf deutliche Unterschiede innerhalb Ostdeutschlands hinweisen: Unterschiede zwischen Nord und Süd, zwischen Stadt und Land, zwischen Großstadt, Mittelstadt; innerhalb der Bundesländer vor allem häufig Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie, also zwischen wachsenden und abgehängten Regionen. Sowohl an den Wahlergebnissen 2019 und an dem Protestaufkommen seit 2020 zeichneten sich gewisse Nord-Süd-Unterschiede ab, innerhalb der Bundesländer auch ein Ost-West-Gefälle.

Interessant dabei ist, dass vor allem strukturschwache Gebiete, die gegenüber prosperierenden Zentren eine innere Peripherie in Ostdeutschland bilden, eine große Rolle spielen. In einer Studie über Ostthüringen, wird beispielsweise deutlich gemacht, dass dabei verschiedene Dimensionen von Abkopplung von Bedeutung sind. Die Personen fühlen sich kulturell abgekoppelt, sie sind faktisch demografisch abgekoppelt und es sind Regionen, die oft auch infrastrukturell abgekoppelt sind.¹⁰ Städten, die besonders stark schrumpfen, sieht man das stark an: wenn der Bahnhof abgerissen wird, die Bahnhofstraße leer gezogen ist, wenn augenscheinlich wird, dass Kommunen durch Verschuldung kaum noch selbst Handlungsspielräume haben: Dann wird flickenweise investiert wo es spezialisierte Förderprogramme gibt – eine Landesgartenschau oder ein Feuerwehrgerätehaus.¹¹

Überhaupt die Klein- und Mittelstädte. Es gibt seit einigen Jahren in vielen Bundesländern Monitoring-Studien zu Demokratiezufriedenheit und extrem rechten Einstellungen. Und da zeigen aktuelle Daten des Sachsen-Monitors, dass die Demokratiezufriedenheit nicht etwa im ländlichen Raum, sondern in Mittelstädten am geringsten ist. Für Sachsen werden hier Freiberg, Freital, Zwickau, Pirna und Bautzen genannt, als die Regionen, die auch gegenüber dem ländlichen Raum instabiler sind.¹² Das korrespondiert auch mit unseren Beobachtungen, dass in Ostdeutschland seit 2020 eher Klein- und Mittelstädte Protesthochburgen darstellen. Zu den Spitzen der Protestwellen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen 2021 oder gegen Inflation und Teuerung im Spätsommer 2022 finden die Proteste parallel in hunderten Mittel- und Kleinstädten Ostdeutschlands statt.¹³ In Anlehnung an die Definition aus der historischen Wahlforschung ist eine Protesthochburg ein Ort, an dem über längere Zeit kon-

tinuierlich Proteste stattfinden und an dem der Anteil der Protestierenden im Verhältnis zur Einwohnerzahl über dem Durchschnitt liegt. Teilweise nehmen über 10 Prozent der Einwohner*innen an den Demonstrationen teil. Überträgt man diesen Anteil auf Großstädte, dann wären dies Demonstrationen mit regelmäßig hunderttausenden Demonstrant*innen.¹⁴ Und weder die Berichterstattung noch die Forschung fragt, wie sich die Stärke der Protestmilieus auf das lokale soziopolitische Klima auswirkt.¹⁵

Gleichzeitig haben sich die Binnendifferenzen durch die Ergebnisse der Europawahlen in Ostdeutschland abgeschwächt. Nahezu flächendeckend und selbst in Großstädten wie Leipzig wurde die AfD stärkste Kraft. Das ist die Lage vor den Landtagswahlen im Herbst.¹⁶

2. Das Zusammenspiel von Instabilität und Destabilisierung

*»Destabilisierung ist kein abstrakter Begriff. Jeder muss sich dazu verhalten, jeder Einzelne hat die Wahl. Das ist ein individueller, molekularer Vorgang. Die Destabilisierung ist die Form des Übergangs in ein anderes Europa. Ob wir sie aushalten, ob wir sie durchstehen?«
(Karl Schlögel 2015¹⁷)*

Das zweite, die Argumentation tragende Zitat stammt vom Osteuropa-Historiker Karl Schlögel. Er spricht zu uns aus der Erfahrung von 2014, dem Jahr des ersten Einmarsches Russlands in die Ukraine. Destabilisierung, als vielschichtiger, kapillarer, mehrdimensionaler Prozess ist der zweite Leitbegriff und der zweite Zug eines größeren, aber unvollständigen Bildes.

Ich möchte dabei drei Dimensionen von Destabilisierung unterscheiden. Die erste ist eine *Destabilisierung von innen*. Damit sind Akteure innerhalb der deutschen Gesellschaft gemeint, die programmatisch zum Ziel haben, die Demokratie zu destabilisieren oder zu überwinden und etwas anderes an die Stelle setzen zu lassen, was manchmal strategisch diffus bleibt und sich manchmal in Konturen zeigt, wie in Ingmar Bergmanns Filmdrama *Das Schlangenei*: »Jeder kann sehen, was die Zukunft bringt. Es ist wie ein Schlangenei. Durch die dünnen Häute kann man das fast völlig entwickelte Reptil deutlich erkennen«.

Die zweite Dimension wäre die *Destabilisierung von außen*, mit dem gleichen strategischen Ziel:

die Demokratie und die politischen Verhältnisse zu destabilisieren.

Der dritte Aspekt gestaltet sich etwas komplizierter und sei mit dem sperrigen Begriff *Rekursive Destabilisierung* umrissen. Gemeint ist das unbeabsichtigte, eigendynamische Zusammenspiel von Prozessen, die sich wechselseitig beeinflussen und beabsichtigt oder unbeabsichtigt verselbständigen können. Das kann geschehen durch das Gewähren-Lassen extrem rechter Akteure, durch Indifferenz, durch Entgegenkommen und eine bestimmte Entpolitisierung und Normalisierung rechter Hegemonien. Dadurch, dass wir selbst anfangen, die Erzählungen von Populist*innen und Demokratiefeinden zu glauben: über die Allgegenwart des Genderns, über vermeintliche Motive für Flucht, Erzählungen über die Politik der Ampel-Regierung. Wir müssen davon ausgehen, dass es wie beim Klimawandel auch in der politischen Kultur Kippunkte der Demokratie gibt, ab denen sich Erosionsprozesse verselbständigen. Weil es im Unterschied zur Klimafor-schung aber keine Modelle zur Vermessung solcher Kipp-Elemente gibt, wissen wir nicht, wann sie eigentlich überschritten sind.

Doch zunächst zur Dimension der *Destabilisierung von innen*, wo ich mich notgedrungen auf einige wenige Aspekte konzentrieren muss. Ein-drücklich und exemplarisch steht dafür das folgende Zitat. Es stammt von Götz Kubitschek, einem Vordenker der Neuen Rechten, der mehr oder weniger als Strippenzieher im Hintergrund durch das von ihm mitgegründete Institut für Staatspolitik in Schnellroda wirkt und dessen Einfluss bis in die AfD hineinreicht. Angesichts der 2022 unter dem Stichwort »heißer Herbst« anschwellenden Proteste gegen Teuerung, Inflation und Energiepreissteigerungen verkündete er:

»Wir haben entschieden, mit unseren Kräften und Beziehungen als nicht unwichtiger Knotenpunkt des Widerstandsgeflechts dafür zu sorgen, dass die Proteste nachhaltig, unver-söhnlich und grundsätzlich werden.« (Götz Kubitschek 2022)

An diesem Zitat finde ich, abgesehen davon, dass es sehr deutlich und explizit ist, den Begriff »Widerstandsgeflecht« aufschlussreich. Er sensibilisiert dafür, dass man nicht nur über die AfD reden darf, da die Destabilisierungsaktivitäten breit gefächert sind. Die Geflechte treffen auf eine instabiler gewordene Infrastruktur, häufig als ein Zusammenspiel unterschiedlichster Akteure. Hier bündeln sich dann extrem rechte Parteien und

Gruppierungen (zum Beispiel: AfD, Freie Sachsen, Freie Thüringer, Zukunft Heimat), aus den unterschiedlichen Bundesländern. Diese etablieren und etablierten lokale Proteststrukturen, die seit 2020 in großer Fläche entstanden und dazu führen, dass die Demonstrationen vielerorts nie aufgehört haben, wenn auch zwischenzeitlich nur mit 20 bis 200 Protestierenden.

Wichtig ist, dass dieses Zusammenspiel nicht in jedem Fall eine konzertierte strategische Zusammenarbeit ist, sondern teilweise ein eigentümliches und bedenkliches Zusammenwirken. Man sieht das am ambivalenten Verhältnis der *Freien Sachsen* und der AfD. In Sachsen sind die *Freien Sachsen* eine wichtige Infrastruktur für die Flächenproteste. Und auch wenn sie sich in ihrer Kommunikation oft größer machen als sie tatsächlich sind. Das überregionale Protestmarketing der Freien Sachsen funktioniert nur deshalb, weil es vor Ort starke und handlungsfähige Mobilisierungsnetzwerke gibt und die Proteste vielerorts auch personell in einer Kontinuität zu 2015 stehen. Interessanterweise grenzen sie sich häufig scharf von der AfD ab, da diese für die *Freien Sachsen* schon fast den Charakter einer etablierten »Altpartei« aufweist. Ich war im Januar im Zuge der großen Bauern- und Handwerkerproteste in Dresden. Dort fand unter dem Motto *Tag des Widerstandes* eine große Demonstration mit etwa 10. bis 13.000 Teilnehmenden statt, zu der die *Freien Sachsen* aufgerufen haben. Ich bin wie so häufig teilnehmend beobachtend mitgelaufen. Das war interessant, weil auf der Bühne eine sehr scharfe Abgrenzung gegenüber der AfD stattfand. Aus der Forschung kennt man dieses Phänomen als *Radical-Flank-Effekt*.¹⁸ Im Kontext der extremen Rechten kann er fatal wirken. Gemeint ist damit, dass radikale Flügel einer Bewegung, etwa die *Freien Sachsen*, im Kontext der extremen Rechten für Beobachter*innen so radikal wirken, dass ihnen die AfD als weniger schlimm erscheint. Mit Blick auf die Kommunen und die Kommunalwahlen muss man hier sehr aufpassen, weil sich diese Beobachtung auch dort abzeichnet. Es gibt eine Vielzahl unverfänglich klingender, lokaler Wählerinitiativen, die eine Agenda verfolgen mit wenig Unterschieden zur extremen Rechten. Die sich aber deshalb dauerhaft etablieren können, auch weil sie auf den ersten Blick weniger radikal als ihre Konkurrenz wirken. Gerade nach den Rechtsverschiebungen bei den Kommunalwahlen stellt sich dringender denn je die Frage, wie wir die Entwicklungen auf kommunaler Ebene überhaupt gut im Blick behalten können. Erosionsprozesse von Demokratie, das Überschreiten von Kippunkten – vielleicht be-

merken wir diese auch deshalb nicht, weil uns das Sensorium fehlt in der Fläche überall hinzuschauen. Auf all die Konstellationen, wo Bürgermeister*innen und Landrät*innen ohne eigene Mehrheiten agieren müssen. Wo sich die Frage stellt, wie Entscheidungen getroffen und Haushalte beschlossen werden können. Damit kommt den kommunalen Aufsichtsbehörden und überhaupt der Verwaltung eine ganz neue Rolle zu, wenn sie zu Entscheidungen gezwungen sind, die dem Verdacht unterliegen, dass es angeblich politische Entscheidungen sind, um die extremen Akteure aus dem Spiel zu nehmen.

Überhaupt wird es zunehmend wichtig, nicht nur auf die einzelnen Akteure, Strukturen und Parteien der extremen Rechten zu schauen, sondern auf die Gesamtkonstellation – auf die Reaktionen und lokale Umgänge mit den Machtgewinnen der extremen Rechten. Erschwerend kommt dazu, dass man diese Entwicklungen im Großen dupliziert, in vielen Institutionen selbst findet. Das nennt der Soziologe Steffen Mau *Polarisierungsunternehmer*. Das sind Akteure, die eine Institution kritisieren oder attackieren, weil sie angeblich zu »systemnah« ist oder nicht mehr die vorgeblichen, »eigentlichen« Interessen der Institution vertreten würde. Extrem rechte Schafspelzstrategien duplizieren sich in intermediären Institutionen. Solche Mikro-Polarisierungsunternehmer findet man im Grunde in allen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen. Man findet sie im religiösen Feld, wo behauptet wird, die Landeskirchen seien systemnah und von den Grünen nicht zu unterscheiden. Man findet sie in Gewerkschaften (etwa die extrem rechte Kleinstgewerkschaft »Zentrum Automobil«), in Unternehmerverbänden, zuletzt sichtbar in den Bauernverbänden: Neben den klassischen Verbandsstrukturen bilden sich Organisationen mit Bezügen zur extremen Rechten, wie die »Freien Bauern« oder »Land schafft Verbindung«, die die alteingesessenen Bauernverbände als systemnah und angepasst kritisieren. Das verschärft Friktionen und begünstigt Rechtsverschiebungen im Geflecht intermediärer Institutionen. Es passiert also im Kleinen das, was im Großen auch im Gange ist.

Die zweite Dimension ist die *Destabilisierung von außen*. Deswegen war es mir wichtig, mit Karl Schlögel einen Osteuropahistoriker zu zitieren. Das Thema war mir lange selbst nicht bewusst, bis ich 2020 eine E-Mail von einem militärnahen Think-Tank aus Estland bekam. Im Zusammenschluss der drei baltischen Staaten wurde ich für eine Konferenz um einen Vortrag gebeten über

Resilienz und Demokratie und über den Zusammenhang von Debatten um ostdeutsche Identität und russische Destabilisierung. Ich hatte die Anfrage gelesen und mir fiel auf, dass ich wiewohl zu Ostdeutschland forschend noch nie drüber nachgedacht hatte. Es war eine sehr kurzfristige Anfrage und als im weitesten Sinne Kind der Friedensbewegung war mir die Vorstellung, bei einem militärnahen Think-Tank einen Vortrag zu halten unangenehm, weswegen ich ihn absagte. Aber seit Februar 2022, dem zweiten Einmarsch und der Vollinvasion Russlands in die Ukraine ist das ein Thema, an das ich immer wieder denken muss. Und die Frage, inwiefern und wie unglücklich sich möglicherweise die Debatten um ostdeutsche Identität auf eine Art und Weise verselbstständigt haben, die wir vielleicht kaum noch einfangen können und die destabilisierend wirkt.

Einerseits beobachten wir eine identitätspolitische Aufladung eines Ostbewusstseins, die – wenn auch ursprünglich nicht intendiert – vor allem die extreme Rechte, neben anderen Akteuren, ihre Deutungen erfolgreich durchgesetzt hat. Der Osten als Opfer »des Westens«, als renitente Protestavantgarde und Widerstandsavantgarde. Diktaturerprobt und damit angeblich besonders sensibel darin zu erkennen, was niemand mehr bezweifeln dürfe: dass wir auch heute wieder in einer Diktatur leben würden. Schließlich die retrospektive Identifikation mit der revolutionären Umsturzbewegung von 1989. Gerade diese Schief lagen eines *tribalistischen Sonderbewusstseins* eines Ostens seien – so die Vermutung der baltischen Kolleg*innen – ein exponiertes Einfallstor für Prozesse der Destabilisierung. Und möglicherweise ist es dieses Sonderbewusstsein, das befürchten lässt, wovor der Soziologe Hansgünter Meyer 1991 warnte: dass in Ostdeutschland eine Teilgesellschaft entsteht, die der westlichen unähnlicher wird, »mit ungewissen historischen Perspektiven«. Steffen Mau spricht davon, dass die Ost-West-Differenz möglicherweise die Chiffre ist für einen ganz grundsätzlichen Kulturkampf um Wertvorstellungen und Vorstellungen politischer Ordnung.¹⁹

Ich will damit nicht suggerieren, dass die Ost-West-Debatten durch russische Einflussnahme geprägt und beeinflusst wurden. Es geht um eine Blickverschiebung: die Anfrage aus dem Baltikum ernst zu nehmen, dass und inwiefern Deutschland und insbesondere Ostdeutschland ein Hauptaktionsfeld von russischer Einflussnahme sein können. An den Enthüllungen, die langsam zur AfD und den Kontakten nach Russland veröf-

fentlicht werden, kann man Spuren davon erahnen, aber vielleicht nicht das Ausmaß.²⁰ Mit Blick auf die Präsidenten von zwei Landesämtern für Verfassungsschutz, die ebenfalls auf der Tagung vortrugen, ist das eine ganz wichtige Frage: Haben wir das auf dem Schirm? Angenommen, ein Landesamt für Verfassungsschutz hat etwa 150 Mitarbeitende, wie viele schauen systematisch auf Aktivitäten ausländischer Geheimdienste? Zwei? Niemand? Zwanzig?

Damit komme ich zum dritten Punkt, dem sehr sperrigen Begriff *rekursive Destabilisierung*. Hier stelle ich die Frage, an welchen Stellen das Gelände ungewollt und unbeabsichtigt ins Rutschen gerät, weil sich bestimmte Prozesse eigendynamisch verselbstständigen. Es geht um die Kippunkte, von denen wir vielleicht nicht merken, wenn wir sie überschritten haben. Wenn lokale Drohkulissen zu Rückzügen von Engagierten und Politiker*innen führen; wenn das Gefühl extrem rechter Machtgewinne zur Entgrenzung alltäglicher Gewalt führt und Drohkulissen weiter verschärft. Vorauseilender Gehorsam vor extrem rechten Mainstreaming und es ließen sich weitere Beispiele finden. Drei möchte ich ein wenig vertiefen.

Verselbstständigt hat sich die Anrufung eines ostdeutschen Sonderbewusstseins durch ostdeutsche Spitzenpolitiker etwa in der Haltung zum Krieg gegen die Ukraine (Michael Kretschmer), die Anrufung eines ostdeutschen Sonderbewusstseins in der Ablehnung der »Gendersprache« als »westdeutsche Sache« (Reiner Haseloff) und weiter gefasst – die Ablehnung westlicher Normen und die Legitimation in Ostdeutschland »eigene« politische Wege zu gehen. Das kommunikative Spiel mit den Ost-West-Differenzen und mit dem genannten Sonderbewusstsein ist ein gefährliches Spiel. Umso mehr kommt es auf die Verantwortung Einzelner an, Worte, Formulierungen und talking points genau abzuwägen. Es bleibt eine offene Frage, was mit der diffus-populistischen Ablehnung von westlichen Normen gemeint ist und wie es vor allem verstanden wird. Denn immer häufiger ist bei Zuhörenden etwas sehr Konkretes gemeint: westliche Norm als Synonym für Demokratie, für Liberalität, für Menschen- und Minderheitenrechte.

Verselbstständigt hat sich gleichermaßen die Rhetorik des Diktaturvergleiches zwischen der DDR und den politischen Verhältnissen heute. Diese Rhetorik hat sich aus den Kontexten extrem rechter Instrumentalisierung gelöst und seitdem rasant verbreitet. 2022 vergleicht der Präsident des

Nordostdeutschen Fußballverbands und Vizepräsident des DFB die Nachrichten des MDR mit dem Format des DDR-Fernsehens »Aktuelle Kamera« und fügt hinzu: »Das ist die Nachrichtensendung der DDR 2.0.«²¹ Die Wirtschaftspolitik der regierenden Ampelkoalition erinnert den sächsischen Ministerpräsidenten indes an die DDR.²²

Verselbstständigt hat sich schließlich die symbolische Form der extrem rechten Demonstrationen. Als wir ab 2014 begonnen haben, Demonstrationen der extremen Rechten durch Mitlaufen und Dabei-Sein zu untersuchen, haben wir uns genau auch Pegida und Legida angeschaut. Wir haben bei diesen Protesten Reden analysiert und gefragt was da eigentlich aufgeführt wird und welche Form die Proteste haben. Man konnte beobachten, dass sie teilweise öffentliche Gerichtsverhandlungen ähneln. Die symbolische Form des Protestes stellt häufig die eines Tribunals dar. Der selbsternannte »Straßensouverän« sitzt unter Bezug auf als geteilt angenommene Ordnungsvorstellungen zu Gericht. Man erhebt Anklage, erteilt Schuld- und Freisprüche und droht explizit mit Sanktionen. Ritualisierte Beweisführungen, namentlich identifizierbare »Schuldige« – damals noch Angela Merkel, heute Virolog*innen, Politiker*innen von Kommune bis Bund. Die Form des Tribunals knüpft dabei nicht korrigierend an geltendes Recht an, sondern sie inszeniert sich als alternative politische Entscheidungsinstanz, die symbolisch eine revolutionäre Situation vorwegnimmt – so ist der Ausgang der Wahlen mittlerweile rhetorisch verknüpft mit einem großen »Aufräumen«. Oder wie es auf Plakaten der Freien Sachsen heißt: »Handschellen müssen klicken«.

In diese Logik gehören Demonstrationen wie der Galgen, Fackelmärsche vor Privatwohnungen und die Bildung exekutierender, teilweise rechtsterroristischer Gruppen, wahlweise zur Entführung oder Ermordung von Spitzenpolitiker*innen. Und – wie das Beispiel Walter Lübckes deutlich macht – »Schuld« verjährt nicht.

3. Für eine Absage an Geist, Logik und Praxis der Destabilisierung

Damit komme ich zum Schluss. Mir war wichtig mit Blick auf die Landtagswahlen und darüber hinaus auf das Zusammenspiel von politischer Instabilität und bewusster oder unbeabsichtigter Destabilisierung hinzuweisen. Das ist überhaupt ein blinder Fleck in der Kommentierung, der Stärke der AfD in Wahlergebnissen und -prognosen: sich allein nur auf die Partei zu fokussieren und nicht auch auf die gesellschaftliche

Gesamtkonstellation der ostdeutschen Teilgesellschaft in all ihrer alarmierenden Brüchigkeit. In einen kirchlichen Sprechraum hinein gesagt: Vielleicht brauchen wir eine Analyse und Absage von Geist, Logik und Praxis der Destabilisierung als einen Prozess, der die Gesellschaft kapillar durchdringt.

All das macht sichtbar, was in diesem Wahljahr auf dem Spiel, aber auch was ansteht: die Stärkung und Wiedereroberung vopolitischer Räume zur Herstellung einer demokratischen Zivilgesellschaft, die Wiederbelebung des Politischen. Dabei müssen wir ein stärkeres Augenmerk auf Klein- und Mittelstädte legen. Außerdem bedarf es einer kritischen Diskussion über die Besonderheiten und Schiefen der politischen Kultur in Ostdeutschland. Dabei soll ein Fokus auf das Pariahafte von Politik gelegt werden, auch auf die scharfe Trennung von Lebenswelt und Politik und das schiefe Verständnis von Neutralität. Und nicht zuletzt brauchen wir eine kritische Revision der Debatten um ostdeutsche Identität, die zuletzt immer stärker den Charakter von »Ostdeutsch-tümelei« (Ilko-Sascha Kowalczyk) annehmen. Mir scheint manchmal, dass wir im Reden über Ostdeutschland unsere Sprache verloren haben. Sie ist abgegriffen, abgeschliffen, eine kaum noch irritierbare Deutungsschablone, sowie Erklärungsfloskel und zu selten kommen konkrete subjektive Erfahrungen aus dem politischen Umbruch unserer Tage zu Wort – zu anderen Zeiten nannte man es »Zeugnisse der Betroffenheit«.

Mir ist das deutlich geworden, als es im Januar nach den Correctiv-Recherchen zu Deportationsplänen diesen demokratischen Aufbruch im ganzen Land gab. Ich nenne die Proteste, die zu den größten der bundesdeutschen Protestgeschichte gehörten, auch die *Bewegung der Vielen*, weil es nicht nur zahlenmäßig viele waren, sondern viele auch in ihrer ganzen gesellschaftlichen Breite. In Altenburg hat zum Beispiel der Posaunenchor der Kirchgemeinden bei einer der Demonstrationen *Sonne der Gerechtigkeit* gespielt und in Nürnberg wurden kurdische Widerstandslieder gesungen. *Die Vielen* wurden alle aus ihren widerständigen Traditionen heraus sichtbar, die oft im öffentlichen Diskurs nicht sichtbar sind; migrantische Verfolgungsgeschichten aber auch die Existenz christlicher Kirchen in Ostdeutschland. Und mit diesen Protesten lagen plötzlich Themen auf der Straße, die niemand so richtig angefasst und niemand aufgehoben hat, die unbearbeitet liegen geblieben sind. Durch die Enthüllungen zu dem Geheimtreffen in Potsdam, aber auch noch einmal nach den Kommunal- und Europawahlen hat

sich für viele Menschen noch viel schärfer die existenzielle Frage nach dem »Gehen oder Bleiben« gestellt.

Diese Frage war vor 40 Jahren unter ganz anderen gesellschaftlichen Bedingungen auch in der DDR eine große Frage. Und auch wenn ich die politischen Gegebenheiten nicht gleichsetzen möchte. Aber ich erinnere daran, dass diese Frage in der DDR eine starke politische Macht entfaltet hat, ab dem Moment, wo sie zur Diskussion stand, wo sie in den Kirchen Diskussionen entfachte um Gründe fürs Gehen und Bedingungen fürs Bleiben.

Es ist eine existenzielle Erfahrung und gerade heute eine Frage, die ganz viele Menschen in ihren Erfahrungen miteinander verbinden kann: in Ost und West, migrantische Erfahrungen, aktivistische Erfahrungen in Ostdeutschland, Zugezogene aus Westdeutschland, Eltern von Kindern mit Inklusionsbedarf. Dem nachzuspüren und diesen Fragen und Erfahrungen Raum zu geben, würde auch heute eine eigene politische Kraft entfalten. Nicht zuletzt sollten wir den Erfahrungen jener eine Stimme geben, die seit Anfang des Jahres aus der politischen Ohnmacht aufgebrochen sind und sich vor Ort gegen die Prozesse der Destabilisierung stemmen. Und mit einer solchen Stimme möchte ich enden. Es ist das letzte Zitat und stammt aus dem Januar von einer der Demokratiedemonstrationen. Da wurde bei einer der anfänglich improvisierten Versammlungen versucht, auf dem Markt eine Menschenkette zu bilden, was nicht gleich funktionierte. Darauf hat die Organisatorin sehr gelassen und selbstbewusst gesagt: »Wir üben noch!« Und das ist ein schöner Geist, wenn man sich auf den Weg macht, einen Marathon zu bestreiten. Weil in dieser Aussage »Wir üben noch!« eine *Hoffnung* steckt, die erst noch gehen lernen muss.

Anmerkungen:

¹ Meyer, Hansgünter (1992): *Soziologie und zeitgeschichtliche Orientierungen*. In: ders. (Hrsg.): *Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*. Berlin: Akademie Verlag, S. 32-58.

² ebd., S. 48

³ Vgl. Leistner, Alexander (2021): *Bis hierher und wie weiter? Zur Vergangenheit und Zukunft der asymmetrisch verflochtenen Transformation (Ost)Deutschlands*. In: Leistner/Wohlrab-Sahr (Hrsg.): *Das umstrittene Erbe von 1989*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S. 11-61.

⁴ Zu diesem Zusammenhang vgl. Lepsius, M. Rainer (1993): *Demokratie in Deutschland: soziologisch-historische Konstellationsanalysen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

⁵ Vgl. Leistner, Alexander (2021): *Bis hierher und wie weiter? Zur Vergangenheit und Zukunft der asymmetrisch verflochtenen Transformation (Ost)Deutschlands*. In: Leistner/Wohlrab-Sahr (Hrsg.): *Das umstrittene Erbe von 1989*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S. 38ff.

⁶ Daphi, Priska u.a. (2014): *Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der »Montagsmahnwachen für den Frieden«*. ipb working papers. Vol 1/2014.

⁷ Für eine Einordnung in Fraktionierungen der Friedensbewegungen vgl. Leistner, Alexander (2022): *Wo steht die Friedensbewegung und was steht an? In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen (4/2022)*, 596-612.

⁸ Zu diesen Entwicklungen vgl. Hartmann, Greta / Leistner, Alexander (2019): *Umkämpftes Erbe. Zur Aktualität von »1989« als Widerstandserzählung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69 (2019), 35–37, S. 18–24 sowie Leistner, Alexander (2024): *»Ein Hauch von Wendestimmung!« Ostdeutsche Protestkultur zwischen 2015 und 2024*. In: *Soziopolis Dossier »Umschwung Ost. Ostdeutsche Gravitationskraft«* <https://www.sozio-polis.de/ein-hauch-von-wendestimmung.html>

⁹ Vgl. Kiess, Johannes / Nattke, Michael (2024): *Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren*, Leipzig.

¹⁰ Vgl. Schmalz, Stefan u.a. (2021): *Abgehängt im Aufschwung. Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland*. Frankfurt/Main.

¹¹ Vgl. Pruschmann, Tina (2024): *»Orte, die von uns erzählen.«* In: *Soziopolis Dossier »Umschwung Ost. Ostdeutsche Gravitationskraft«*, <https://www.sozio-polis.de/orte-die-von-uns-erzaehlen.html>

¹² Vgl. Vorländer, Hans / Herold, Maik (2023): *Ein unruhiges Land. Sachsen und seine labile demokratische Kultur*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33, S. 720.

¹³ Rink, Dieter u.a. (2023): *»Heißer Herbst« 2022. Rechte Mobilisierung als Krisenprotest*, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 36, 1, S. 1–19.

¹⁴ In ambivalenter Spannung dazu steht die Beobachtung der augenfälligen Leere von Straßen und öffentlichen Plätzen in ostdeutschen Städten vgl. Präkels, Manja (2024): *Zwischen Leere und Tribüne. Straße als Schauplatz von unsichtbaren und sichtbaren Kämpfen*. In: *Soziopolis Dossier »Umschwung Ost. Ostdeutsche Gravitationskraft«*, <https://www.sozio-polis.de/zwischen-leere-und-tribuene.html>

¹⁵ Zu den wenigen aber eindrücklichen Studien vgl. Vgl. Dietrich, Kai / Schuhmacher, Nils (2022): *»Eigensinn« zwischen völkischem Nationalismus und solidarischem Gemeinwesen. Alltag junger Menschen außerhalb urbaner Zentren in Ostdeutschland*. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*, Bielefeld, S. 183–200 sowie Küpper, Beate / Leber, Tina / Bohn, Irina (2024): *Demokratierelevante Bedrohungen durch Rechtsaußen*, in: *Demo-*

kratie gegen Menschenfeindlichkeit. *Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis* 9/1, S. 11–28.

¹⁶ Vgl. Leistner, Alexander (2024): *New Parties, Unstable Conditions: The 2024 Super Election Year in Germany*. In: *EuropeNow* 56.

¹⁷ Schlögel, Karl (2015): *Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen*. Frankfurt/Main, S. 17.

¹⁸ Haines, Herbert H. (2013): »Radical Flank Effects«. In: *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*. Blackwell Publishing.

¹⁹ Mau, Steffen / Lux, Thomas / Heide, Julian (2024): *Ost- und Westdeutsche für immer? Zu Wahrnehmungen von Unterschieden und Konflikten*

zwischen Ost- und Westdeutschen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 76, S. 1–23.

²⁰ Zu den Freien Sachsen vgl.

<https://www.freiepresse.de/nachrichten/sachsen/russische-agentin-empfaengt-vertreter-der-freien-sachsen-in-moskau-artikel13128691>

²¹ Tammo Blomberg, *Der DFB-Vize und die fragwürdigen Facebook-Posts*, in: *DIE ZEIT*, 17.05.2023 <https://www.zeit.de/sport/2023-05/hermann-winkler-dfb-facebook-wolodymyr-selenskyj#selection-1613.0-1617.57>

²² Julia Lorenz, *Diktatur, wie lustig*, in: *DIE ZEIT*, 16.04.2024, <https://www.zeit.de/kultur/2024-03/ddr-ampelkoalition-vergleich-michael-kretschmer>



Demokratie ist kein Selbstläufer – Warum eine Zusammenarbeit mit Extremisten unmöglich ist

Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Redemanuskript* für den Vortrag von Ministerpräsident Haseloff am 19. April 2024 in Halle (Saale) zum Kongress: »Demokratie ist ein Marathon«. Für die Zustimmung zum Abdruck danken wir dem Büro des Ministerpräsidenten.

***Der freie Vortrag auf der Tagung, der sich im Dialog mit den Zuhörenden entwickelte, wich vom hier abgedruckten Text stark ab.**

Sehr geehrter Herr Maier, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung. Ich bin gerne zu Ihnen gekommen. Zweifellos hat der Rechtsextremismus in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Er ist zu einer Gefahr für unsere freiheitliche Ordnung geworden. Der Rechtsextremismus ist aber kein Phänomen unserer Gegenwart oder der jüngsten Vergangenheit. Er ist so alt wie die Bundesrepublik Deutschland. Im ersten Deutschen Bundestag saßen fünf Abgeordnete der rechtsextremen Deutsch-Konservativen Partei – Deutsche Rechtspartei. Die Hochzeit des organisierten Rechtsextremismus in der Bundesrepublik lag in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. 1964 wurde die NPD als Bündelung der zerstrittenen politischen Kräfte der extremen Rechten gegründet. Ursächlich für die parlamentarischen Erfolge der NPD waren die erste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen und die Bildung der Großen Koalition auf Bundesebene 1966.

Vor diesem Hintergrund hielt 1967 der Philosoph und Soziologe Theodor W. Adorno auf Einladung eines Studentenverbandes in Wien einen Vortrag zum Thema »Aspekte des neuen Rechtsradikalismus«. 2020 erschien der Vortrag als Paperback. Er ist auch nach mehr als 50 Jahren hochaktuell. Um nur ein Beispiel zu nennen: Adorno kritisiert die verdrängte Aufarbeitung der Nazivergangenheit: Viele Menschen wollten ein Ende der Schulddebatte, so Adorno. Allein die »Erwähnung von Auschwitz« bringe sie zum, so wörtlich, »Weißglühen«. Parallelen zur Rhetorik der AfD sind offensichtlich. Man denke nur an ihre Forderung nach einer »erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad«.

In einem früheren Vortrag machte Adorno vor allem den Antisemitismus als zentrales Bindemittel rechtsextremer Bewegungen aus. Aus der deutschen Nachkriegsgesellschaft war der Antisemitismus tatsächlich nie verschwunden. Nach 1945 lebte er fort: im Westen wie im Osten Deutschlands. Auch für alle Phasen der DDR-Geschichte sind antisemitische und rassistische Vorfälle dokumentiert. Erinnern möchte ich auch an die Analyse von Thomas Haury aus dem Jahr 2002 über »Antisemitismus von links« in der frühen DDR.

Erst die freigewählte Volkskammer der DDR, und das war symptomatisch, bekannte sich zu ihrer Verantwortung gegenüber dem israelischen Staat. Am 12. April 1990 baten 379 von insgesamt 400 Abgeordneten »das Volk in Israel um Verzeihung für die Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik«. Am 22. Juli folgte ein weiterer Beschluss. Die Volkskammer distanzierte sich »in aller Form von der hierzulande jahrzehntelang praktizierten anti-israelischen und antizionistischen Politik«. Die PDS enthielt sich übrigens damals mehrheitlich.

Das war vor 34 Jahren. Und gegenwärtig? Leider gibt es auch heute in unserer Gesellschaft Judenfeindlichkeit. Im Internet und den sozialen Medien hat der Judenhass in den letzten Jahren signifikant zugenommen. Er kleidet sich in Chiffren, dog whistlings, Codes, Mutmaßungen und in Gerüchte. Zu den unter Antisemiten weit verbreiteten Codes zählt zum Beispiel der Begriff »Globalisten«. Er äußert sich aber auch immer offener in Beleidigungen und Bedrohungen und im Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole. Einmal mehr finden sich die alten antisemitischen Schuldzuweisungen und absurden Verschwörungstheorien. Stimmungen werden zur Mobilisierung genutzt und Krisen instrumentalisiert. Der Antisemitismus geht stets mit der Verneinung von Freiheit und Demokratie einher. »Wir und die anderen.« Der größte Treiber für antisemitische Äußerungen in den letzten Jahren ist der Antisraelismus. Ebenso spielt ein sich deutlich wahrnehmbarer Islamismus in unserem Land eine zentrale Rolle.

Die größte Gefahr in diesem Zusammenhang geht aber vom Rechtsextremismus aus. Militante

Rechtsextremisten waren für die antisemitischen und rassistischen Anschläge von Halle und Hanau und den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke verantwortlich. Zudem erreichte die Zahl rechtsextremer Straftaten 2023 nicht nur in Sachsen-Anhalt einen Höchststand. Auch bundesweit sind die Zahlen alarmierend. Darüber hinaus haben sich rechtsextreme Strukturen in unserer Gesellschaft in den vergangenen fünf Jahren verfestigt.

Im Verfassungsschutzbericht des Bundes wird die AfD 2022 unter der Rubrik »Rechtsextremistisches Parteienspektrum« als Verdachtsfall geführt. Zur Begründung wird unter anderem ausgeführt: »In Verlautbarungen der AfD und ihrer Repräsentanten kommt vielfach ein ethnisch-kulturell geprägtes Volksverständnis zum Ausdruck, welches im Widerspruch zur Offenheit des Volksbegriffs des Grundgesetzes steht. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass wiederholt zwischen Staatsbürgern deutscher und nicht deutscher Abstammung unterschieden wird.« In Sachsen-Anhalt wurde der Landesverband der AfD als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft – ebenso wie deren Jugendorganisation.

Die Radikalisierung der AfD, ursprünglich einmal das Projekt marktliberaler Eurokritiker, ist offensichtlich. Und ein Ende des Radikalisierungsprozesses ist nicht absehbar. Viele Gründungsmitglieder haben die Partei deshalb verlassen. Sie warnen eindringlich vor einer Verharmlosung der AfD. Uns allen ist noch das Treffen von Rechtsextremen in Potsdam in Erinnerung. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren auch eine AfD-Politikerin und drei AfD-Politiker. Das konspirative Treffen war ein Angriff auf die Menschenrechte und unsere Verfassung und bestätigte die Einschätzungen der Verfassungsschützer.

Viele Menschen fragen sich seitdem: Wie geschichtsvergessen kann man eigentlich sein? Die Zusammenkunft in Potsdam erinnert an die schlimmsten Zeiten deutscher Geschichte. Und, auch das bleibt festzuhalten, die AfD distanzierte sich von diesem Treffen und den dort vertretenen Thesen allenfalls halbherzig. Die Partei sah sich nicht als Täter, sondern als Opfer einer von Politik und Medien inszenierten Kampagne. Das zeigt, wes Geistes Kind die AfD ist. Wer so reagiert, hat nichts verstanden. Das lässt nur einen Schluss zu: »Die Öffnung dieser Partei gegenüber eindeutig rechtsextremen und zu Gewalt neigenden Personen und Gruppen ist strategisch gewollt.« Geschrieben hat das Wolfgang Schäuble in seinen kürzlich erschienenen Erinnerungen, und

er nennt namentlich Alexander Gauland als treibende Kraft hinter dieser Strategie.

Die Thesen von Potsdam sind nicht zu relativieren. Sie sind in ihrer Klarheit eindeutig. Das Treffen zeigte drastisch die vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren für unser Land auf. »Wir und die anderen.« Demokratie ist aber immer auch Schutz von Minderheiten und sie fußt auf Solidarität. Unsere Rechtsordnung muss allen in Deutschland lebenden Menschen Sicherheiten bieten.

Jeder Mensch hat das Recht auf Selbstbestimmung und persönliche Entwicklung. Die Menschenrechte sind nicht an historische und kulturelle Bedingungen gebunden. Sie sind universell oder sie sind nicht. Menschen jeden Glaubens und jeder Hautfarbe müssen in unserer Gesellschaft als gleich angesehen werden. An diesen Werten hat sich unsere Gesellschaft auszurichten. Sie sind nicht verhandelbar. Die sich frei entfaltende menschliche Persönlichkeit und ihre Würde ist der Dreh- und Angelpunkt unseres Wertesystems. Auch die Presse- und Meinungsfreiheit sind konstitutiv für unsere Demokratie. »Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt«, wie Kant zu Recht schrieb. Anders formuliert: Freiheit ist keine Ordnung ohne Grenzen. Denn das würde ihrer Grundlagen zerstören. Die vom Grundgesetz verbürgten Freiheitsrechte bedürfen des Schutzes durch den freiheitlich verfassten Rechtsstaat. Auch der Meinungsfreiheit sind Grenzen gesetzt. Volksverhetzung ist strafbar – geregelt im §130 des Strafgesetzbuches. Es kann mit Extremisten keine Zusammenarbeit geben.

Die Gegner unserer Demokratie dürfen die Demokratie nicht für ihre Zwecke missbrauchen. Karl Popper sprach in seinem einflussreichen Buch »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde« vom »Toleranz-Paradoxon«. Das heißt: »Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden von Toleranz. Denn«, so Popper, »wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranten zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.«

Demokratie ist mehr als eine Staats- oder Herrschaftsform. Sie ist vor allem eine Lebensform. Und was heißt Demokratie als Lebensform? »Dem Menschen, gleichviel wer er sei und woher er käme, als Mensch zu begegnen«, so hat es der

erste Bundespräsident Theodor Heuss formuliert. Immer deutlicher offenbart sich die AfD mit ihrer Politik und ihren Invektiven als Gegnerin der offenen Gesellschaft und liberalen Demokratie. Hinter ihrem Weltbild verbirgt sich auch eine Sehnsucht nach einfachen Lösungen für komplexe Modernisierungsprozesse. Jacob Burckhardt warnte schon im 19. Jahrhundert hellseherisch vor den schrecklichen Vereinfachern. Einfache Antworten auf hochkomplexe Probleme und Herausforderungen bieten aber keine Lösungen: damals nicht und heute erst recht nicht. Die Wirklichkeit ist nicht Schwarz und Weiß, und ihr Grundmuster ist nicht der Kontrast eines Schachbretts. Die Grundfarbe der Wirklichkeit ist grau, in unendlichen Schattierungen.

Einfache Weltbilder und extremistische Parolen verlangen dezidierten Widerspruch. Vor allem dürfen wir die AfD nicht verharmlosen. Sie ist keine rechtspopulistische, sondern eine rechts-extremistische Partei. Im öffentlichen Diskurs muss das noch viel deutlicher abgebildet werden. Wählerinnen und Wähler der AfD pauschal anzugreifen läuft aber ins Leere. Wir müssen vielmehr deren Motivation verstehen und uns selbstkritisch fragen: Was haben wir falsch gemacht und was müssen wir künftig besser machen? Die Stärke der AfD beruht zum allerwenigsten auf eigenen Konzepten. Wir müssen glaubwürdige Antworten auf die bestehenden Probleme bieten. Hier sehe ich alle demokratischen Parteien in der Pflicht. Unsere Antworten und Vorschläge haben sich an den Vorgaben unseres Grundgesetzes und der Wirklichkeit auszurichten. Unser Grundgesetz gibt klare Linien vor. Deshalb kann es mit Extremisten keine Zusammenarbeit geben. Zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihren Werten gibt es in Deutschland keine Alternative! Die AfD ist nicht das, was sie mit ihrem Namen vorgibt zu sein.

Eine Zusammenarbeit mit der AfD, in welcher Form und auf welcher Ebene auch immer, ist ausgeschlossen. Sie ist per se unmöglich. Das Grundgesetz gibt hier klare Linien vor. Unsere Verfassungsmütter und -väter haben das Grundgesetz als Antithese zu jedem politischen Extremismus konzipiert. Nach ihrer Machtübernahme beseitigten die Nationalsozialisten rasch und gründlich die Errungenschaften einer 200jährigen Verfassungsgeschichte und brachen mit der föderalen Tradition. Kann sich Geschichte wiederholen? Man sollte diese Frage nicht leichtfertig mit Nein beantworten. Demokratien können scheitern.

»Ähnlichkeiten erkennen, bevor es zu spät ist«, lautet die Devise der amerikanischen Politikwissenschaftler Levitsky und Ziblatt. Der Übergang von demokratisch zu autoritär regierten Staaten folgt ganz bestimmten Mustern. Die Spielregeln der Demokratie werden in Frage gestellt, dem politischen Gegner die Legitimität abgesprochen, Gewalt geduldet und die Freiheiten ihrer Gegner oder der Medien beschnitten. Nachzulesen ist das in ihrem Buch »Wie Demokratien sterben«. Bei der Lektüre kommt einem vieles bekannt vor. Antworten auf die Frage, warum eine Zusammenarbeit mit Extremisten unmöglich ist, findet man auch in diesem lesenswerten Buch.

Extremismus und Rassismus sind die Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat. Der erste Artikel unsere Verfassung beginnt mit den Sätzen: »Die Würde des Menschen« – und das meint alle Menschen – »ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Das war die bewusste Antwort der Verfassungsväter und -mütter auf die Verbrechen der Nationalsozialisten. Ganz bewusst stehen die individuellen Grundrechte am Anfang des Grundgesetzes. An diesen Werten hat sich unsere Gesellschaft auszurichten, und sie muss sie entschieden verteidigen. Sie sind nicht verhandelbar. Die Grundrechte gelten für alle in Deutschland lebenden Menschen: ohne Ausnahme.

Die AfD will eine andere Gesellschaft. Ihr Denken ist anachronistisch, antimodernistisch und fremdenfeindlich. Vieler ihrer Vorstellungen sind mit dem Leitbild des Grundgesetzes und seinen Werten unvereinbar. Für die AfD hat nicht jeder Mensch dieselbe Würde. Sie geht vielmehr von der Vorstellung eines homogenen Volkskörpers aus und legt die Kriterien der Zugehörigkeit zu ihm fest. Das Fremde wird ausgeschlossen. Es gehört nicht dazu. Das läuft unserem Grundgesetz diametral zuwider. Moderne Gesellschaften sind heterogen und dynamisch. Das Vokabular der AfD ist oft zynisch und menschenverachtend. Bewusst werden der Tabubruch und die Provokation gesucht, Verschwörungsnarrative bedient und die Grenzen des Sagbaren verschoben. Auf das »Endlich wieder« der AfD kann es deshalb nur eine Antwort geben: »Nie wieder!«

Es gibt unabänderliche Verfassungsprinzipien. Sie können auch durch eine parlamentarische Mehrheitsentscheidung nicht aufgehoben werden. Hierzu zählen die Würde des Menschen, das Demokratie-, Bundesstaats-, Rechtsstaats- und das Sozialstaatsprinzip, garantiert durch die so genannte Ewigkeitsklausel des Artikels 79, Absatz

3 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz räumt den Feinden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerade nicht die Freiheit ein, sie abzuschaffen. Die Grundrechte regieren das Grundgesetz und sie binden alle staatliche Gewalt. Sie sind kein Anhängsel unserer Verfassung wie der Grundrechtskatalog von Weimar. Darauf wies Carlo Schmid 1948 im Parlamentarischen Rat zu Recht hin, und deshalb, so Schmid weiter, müsse »man bei den Grundrechten eine immanente Schranke anerkennen: Es soll sich jener nicht auf die Grundrechte berufen dürfen, der von ihnen Gebrauch machen will zum Kampf gegen die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung.« Und das gilt heute noch. Eine Freiheit zur Abschaffung der Freiheit darf es nicht geben. Eine neutrale Haltung ist hier nicht möglich. Demokratie und Freiheit haben wir von innen und außen zu schützen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Möglichkeit eines Parteiverbotsverfahren erinnern. Gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes kann das Bundesverfassungsgericht politische Parteien verbieten. Die Hürden sind hoch. Bislang kam es aber erst zu zwei Parteienverboten: 1952 wurde die rechtsextreme Sozialistische Reichspartei und 1956 die KPD verboten. Das NPD-Verbotsverfahren scheiterte hingegen zweimal 2003 und 2017. Der zweite Anlauf wurde 2012 auf maßgebliche Initiative von Sachsen-Anhalt beschlossen. Inhaltlich folgte das Bundesverfassungsgericht den Argumenten der Bundesländer. Die NPD wurde als eindeutig rechtsextrem eingestuft. Das Bundesverfassungsgericht hielt aber ein Erreichen der verfassungswidrigen Ziele der NPD mit parlamentarischen oder außerparlamentarischen demokratischen Mitteln für ausgeschlossen. Nur deshalb kam es nicht zum Verbot. Das Urteil war alles andere als eine Niederlage für unsere Demokratie.

Unsere Demokratie hat sich als wehrhaft erwiesen, und das muss sie auch sein. Zwar halten wir unsere Freiheiten für selbstverständlich. Aber weder historisch noch im internationalen Vergleich ist der demokratische Verfassungsstaat die Regel. Wir dürfen uns deshalb nicht zu sicher sein und müssen wachsam bleiben. Wir halten unsere freiheitliche Ordnung für selbstverständlich. Aber auch sie kann fragil und brüchig sein.

Die Weimarer Republik ist nicht wegen, sondern trotz ihrer Verfassung gescheitert. Sie war nämlich sehr viel besser als ihr Ruf. Demokratische Verfassungen verursachen nicht das Ende der Demokratien. Die Weimarer Verfassung war nicht schuld an der fehlenden Loyalität der Eliten, an der mangelhaften Verankerung demokratischen

Gedankenguts in der Bevölkerung und an der fehlenden Kompromissfähigkeit der demokratischen Parteien. Eine parlamentarische Demokratie ist ohne Kompromisse nicht denkbar. Kompromisse sagen uns nämlich, wer wir sind. Ideale, wer wir sein wollen. In viel größerem Maße als die Verfassung trug die politische Kultur zum Scheitern der ersten deutschen Republik bei. Das sollte uns zu denken geben. Wir dürfen nicht blind in die Zukunft gehen. Wir müssen uns orientieren, uns Maßstäbe und Ziele setzen. Wir können aus der Geschichte lernen. Sie ist kein Strom ohne Lenkung und kein bloßes Ereignis. Sie ist das Ergebnis menschlicher Handlungen. Die Geschichte kann uns Sicherheit und Orientierung geben.

Unsere Demokratie ist umso stärker, je mehr Menschen sich für sie engagieren. Für unsere Überzeugungen und demokratischen Institutionen müssen wir entschlossen eintreten. Es gibt zwar keine Patentrezepte im Umgang mit der AfD und nicht für jede Situation einfache Lösungen. Gleichwohl bin ich überzeugt: Eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus setzt vor allem ein hohes Maß an politischer Bildung voraus. Sie ist ein wichtiger Schlüssel zu demokratischem Handeln und Denken. Echte Teilhabe und Engagement setzen Wissen und Kenntnisse voraus. Gesellschaftliches Engagement braucht Kompetenz! Und es gilt umgekehrt: Lernen durch Engagement! Wer mitreden will, muss informiert sein und wissen, über was er spricht. Mit Blick auf die AfD heißt das: Wir müssen offensiv aufklären und dürfen nicht schweigen.

Der italienische Politikwissenschaftler, Demokratietheoretiker und Philosoph Giovanni Sartori brachte den Nutzen politischer Bildung auf den einprägsamen Nenner: »Demokratien sind nur lebensfähig, wenn sie von ihren Bürgern verstanden werden.« Das heißt auch: Die Vermittlung politischer Kenntnisse und Bildung muss klar und verständlich sein. Sie muss interessant sein und darf sich nicht in abstraktem Wissen verlieren. Sehr viel zur Vermittlung von Wissen und zur Demokratiebildung trägt die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt bei. Ihre vorrangige Aufgabe ist es, durch politische Bildungsarbeit die Entwicklung des freiheitlich demokratischen Bewusstseins zu fördern und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Und ich bin ihr für diese Arbeit dankbar.

Warum ist das so wichtig? Bildung kann ein wirksamer Schutz gegen den Rechtsextremismus sein. Bildung und Aufklärung sind zentrale Punkte im Kampf gegen jede Form von politischem

Extremismus. Politische Bildung und eine aktive Zivilgesellschaft ergänzen sich wechselseitig und sind für ein funktionierendes Gemeinwesen unverzichtbar.

Unsere Demokratie ist kein Selbstläufer. Der Bogen der Geschichte neigt sich nicht zwangsläufig in Richtung Demokratie. Demokratie lebt vom Mitmachen und Einmischen. In unsicheren Zeiten reicht die Kritik von der Seitenlinie nicht mehr aus. Idealerweise sollte jeder einen Beitrag für andere und das Gemeinwohl leisten: gerade auch auf der lokalen Ebene. Die Förderung sinnstiftender gemeinschaftlicher Tätigkeiten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir bestimmen die Regeln unseres Zusammenlebens. In unserer Gesellschaft muss ein Klima der Toleranz und des gegenseitigen Respekts herrschen. Niemand soll sagen, er könne doch nichts ändern. Das ist grundfalsch.

Die Demokratie braucht politische Bildung und professionelle Kompetenz bei Erziehern und Pädagogen. Der Grad der politischen Bildung und der Akzeptanzwert für die repräsentative Demokratie korrelieren. Je höher die Bildung, umso größer ist die Akzeptanz. Aufklärung und Bildung schützen vor einfachen Welterklärungen. Aufklärung beginnt in der Familie, in der Schule, an den Universitäten, in allen anderen Bildungseinrichtungen, im beruflichen und privaten Umfeld. Dabei geht es um auch um die Persönlichkeitsentwicklung. Zu Erziehung und Bildung gehören auch Werteerfahrung und -vermittlung, vor allem ganz enge soziale Kontakte, und zwar nicht nur in den sozialen Medien, sondern vielmehr direkt von Mensch zu Mensch: jenseits aller Verlockungen im Internet.

Umgekehrt gilt: Menschen, die mit ihrer persönlichen Lebenssituation unzufrieden sind und die Angst vor der Zukunft haben, sind anfälliger für rechtsextremistische Parolen. Diese diffusen Zukunftsängste korrespondieren oft mit einem nur schwach ausgeprägten Bekenntnis zu unserem Gemeinwesen und einem geringen Bildungsniveau. Einfache Antworten auf komplexe Probleme finden in einem solchen Umfeld leichter Gehör. Hier verfängt das populistische Statement, das an Gefühle appelliert und ganz bewusst auf differenzierte und reflektierte Positionen verzichtet.

Das aktive Eintreten für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sowie die Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit bedürfen der Zusammenarbeit von Politik, Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Dafür steht beispielhaft das Netzwerk für Toleranz und

Demokratie in Sachsen-Anhalt. Es ist für die Prävention unverzichtbar. Wir brauchen eine Kultur der Aufmerksamkeit und wir brauchen zivilgesellschaftliches Engagement. Das Netzwerk hat in den vergangenen Jahren viele gute Maßnahmen und Initiativen angestoßen und umgesetzt. Zur Stabilität und Akzeptanz unserer Demokratie leisten seine Mitglieder wichtige Beiträge. Sie erklären und klären auf und sie schaffen ein Bewusstsein für die demokratischen Grundwerte und die Vielfalt in einer pluralistischen Gesellschaft. Nur eine pluralistische Gesellschaft ist auch eine freie Gesellschaft. Sehr gerne möchte ich in diesem Kontext auch an die Initiative »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« erinnern. Im Jubiläumsjahr kamen am 20. September 2023 mehr als 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Schulen unseres Landes auf den Domplatz nach Magdeburg.

Winston Churchill hat zu Recht gesagt: »Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen mit Ausnahme aller anderen.« Das ist ein ganz entscheidender Gesichtspunkt. Die perfekte Staatsform und den idealen Staat gibt es nicht und wird es nie geben. Sie sind eine Utopie. Und wohin Utopien führen, wissen wir alle. Deshalb kann keine Staatsform das Zusammenleben der Menschen besser regeln und organisieren als die Demokratie. Das gilt auch und gerade unter den Bedingungen der Globalisierung.

Die repräsentative Demokratie ist freilich auch die anspruchsvollste aller Staatsformen. Die Demokratie gibt dem einzelnen ein hohes Maß an Freiheit und Verantwortung. Demokratie heißt, die Wahl zu haben, Diktatur aber, vor die Wahl gestellt zu werden. Demokratie ist oft mühsam, eben ein Marathonlauf. Max Weber sprach vom Bohren dicker Bretter. Auch lebt die Demokratie von Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann. Engagement kann nicht verordnet werden. Es muss freiwillig und aus Überzeugung erfolgen.

Und deshalb auch abschließend mein Appell an die Kirchen. Die Religionen als soziale Kraft existieren fort. Die Antworten der christlichen Kirchen auf die die Menschen bewegenden Sinnfragen reichen über den Tag hinaus und sind nicht konjunkturabhängig. Ich kann sie nur nachhaltig ermutigen, sich auch künftig einzumischen. Die Kirchen sind zwar keine Partei, aber sie sollen Partei ergreifen. Ihre Stimme hat Gewicht und findet Gehör. Auch aus diesem Grund sind solche Veranstaltungen wie die heutige wichtig, und ich bin sehr gerne zu Ihnen gekommen. 

Wie hältst Du's mit der AfD? Lösungen auf kommunaler Ebene

Podiumsdiskussion mit: Constance Arndt, Oberbürgermeisterin, Zwickau,
David Begrich, Miteinander e. V., Sachsen-Anhalt,
Niklas Gerlach, Sprecher »Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage«

*Moderation: Dr. Sebastian Kranich, Direktor
Ev. Akademie Thüringen.*

Der abgedruckte Text basiert auf der Transkription des Audio-Mitschnittes der Diskussion. Für die epd-Dokumentation wurde sie mit Zustimmung der Beteiligten redaktionell bearbeitet.

Halle (Saale), 20. April 2024

Kranich: Die Stadt Zwickau tritt in den Medien oftmals im Zusammenhang der NSU-Aufarbeitung, Aktionen der rechtsextremen Szene und mit der Thematik des »dritten Weges« auf. Frau Arndt, was macht das aus Ihrer Sicht mit einer Stadt wie Zwickau und in welchem Zusammenhang stehen diese Thematiken wirklich mit der Stadt?

Arndt: Ich kann berichten, dass gerade die Stigmatisierung unserer Stadt viele Menschen verletzt, insbesondere die, die gegen Rechtsextremismus, rechte Hetze und Hass auf die Straße gehen und für die Demokratie protestieren und sich einsetzen. Zudem erlebe ich Zwickau als eine Stadt, die viel mehr ist als die Stigmata, welche in den Medien präsent sind. Zwickau ist sehr vielfältig, was sich besonders im Engagement vieler Bürger*innen zeigt. Diese setzen sich für die Stadt ein und in unterschiedlichen Bereichen, sei es die Kirche, seien es Organisationen der Stadt etc. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die AfD auch in westdeutschen Bundesländern im zweistelligen Prozentbereich präsent ist.

Ich wünsche mir eine differenzierte Debatte, denn es hilft Zwickau nicht, wenn wir nur auf Stigmatisierungen dieser Art blicken. Vielmehr möchte ich auf eine großartige Aktion hinweisen, welche wir in Zwickau ins Leben gerufen haben: »Zwickau zeigt Herz«. Die Aktion stellt positiv dar und ist nicht ausgrenzend. Ziel ist es, Menschen zusammenzubringen und gemeinsam für etwas zu sein und nicht gegen etwas.

Kranich: Frau Arndt, ich habe eine Frage zum Umgang mit der AfD. Im Stadtrat Zwickaus hat die AfD elf von 48 Sitzen. Stehen Sie auf verlorenerem Posten im Stadtrat, wie es im letzten Sommer zu lesen war?

Arndt: Die AfD hat einen großen Sprung gemacht, was die Sitzverteilung im Stadtrat angeht. Nach einem Jahr gab es eine Spaltung der AfD, nicht nur in der Stadt Zwickau, sondern auch im Land. In Sachsen gab es Landtagsabgeordnete, die aus der Fraktion ausgetreten sind. Darunter auch einige Zwickauer. Durch die Spaltungen und dem Wechsel im Stadtrat ist dieser nun deutlich diverser. Es ist wichtig, nicht nur die AfD in Blick zu haben. Ich kann neben der AfD von weiteren Wählervereinigungen berichten, die ich bei der nächsten Kommunalwahl auf der Liste habe, die ebenfalls aus dem rechtsextremen Milieu stammen. Mir ist es wichtig, an die Haltung der Menschen heranzugehen: Warum gibt es Menschen in der Gesellschaft, die diesen Parteien, Wählervereinigungen aus dem rechten Milieu ihre Stimme geben?

Natürlich gibt es in der Stadtratsarbeit mit der AfD auch Berührungspunkte. Die AfD wird normal auf der sachlichen Ebene der Stadtratsarbeit wahrgenommen. Offengesagt gibt es auch Anliegen der AfD, die von den Linken, CDU etc. mitgetragen werden. Kommunalpolitik ist sehr nah und manchmal auch sehr schwierig.

Kranich: Helfen in der Kommunalpolitik Brandmauern? Oder ist es zielführender an die Überzeugung der Leute heranzugehen?

Arndt: Ich überlege mir im Alltag: Was brauche ich an Veränderung, um dort erfolgreich gegen die AfD zu sein. Wichtig ist es Grenzen zu ziehen, da ist Kommunalpolitik das kleinste Licht an der Stelle. Ich erwarte gerade, dass Landes-, Bundespolitiker sich mehr um ihre Menschen kümmern. Die Stärke der AfD ist einfach auch die Schwäche der Vertreter der anderen Parteien. Es ist einfach ein Vakuum entstanden in der Kommunikation mit den Menschen und diese nutzt die AfD und andere greifen das auf und nehmen diesen Platz jetzt ein.

Kranich: Eine Oberbürgermeisterin und ein zivilgesellschaftlicher Bündnissprecher agieren im selben Sozialraum. Wie gehen wir mit dem Problem unterschiedlicher Funktionen um? Es ist glaub ich deutlich geworden, dass die Dynamiken andere sind und jeder andere Aufgabenstellungen hat. Meine Frage ist, wie kann das zusammen gehen, ohne dass wir etwas

verwischen, weil jeder ja auch an einer anderen Stelle ist. Und doch gibt es bestimmte Situationen und Lagen, bei denen wir irgendwie zusammenarbeiten müssen. Wie würden Sie diese Lage beschreiben, wie würden Sie sich positionieren?

Arndt: Ich kann das am Beispiel Zwickau sehr gut beschreiben. Natürlich gibt es auch dort den Wunsch der Zivilgesellschaft, dass Stadt oder Polizei doch mehr dieses oder mehr davon tun würden. Doch wir haben es tatsächlich geschafft, dass wir mit allen zivilgesellschaftlichen Akteuren an einem Tisch sitzen und uns regelmäßig austauschen, zum einen über den Kommunalen Präventionsrat mit einer eigenen Arbeitsgruppe, die wir »Extremismus- und Konfliktprevention« nennen und zum anderen, mit einem öffentlichen Dialogprozess, einer Veranstaltung, die aus dem NSU-Dokumentationsprozess hervorgegangen ist.

Das hat dazu geführt, dass alle Beteiligten zusammensitzen und wir lernen mussten und durften, dass doch alle eigentlich auf der gleichen Seite sind. Es ist wichtig, dass sich alle Beteiligten mal austauschen können und, dass z. B. die Polizei die Möglichkeit hat etwas zu sagen sowie ihre Aufgaben zu erläutern, wofür sie da sind. Das hat zu Verständnis geführt, bei den Akteuren unserer linken Szene. Andererseits war das auch die Chance, dass die Polizei auch Berichte von Betroffenen gehört hat. Das habe ich dort persönlich wahrgenommen, das hat auch die Verantwortlichen berührt, ferner zeigt sich das auch in der heutigen Zusammenarbeit. Ich kann mit Stolz sagen, dass dort wirklich alle dabei sind, von der Polizei bis zum Fußballclub. Die Zusammenarbeit basiert auf Vertrauen und Respekt für die vielfältigen Rollen der jeweils anderen. Zuletzt kann ich sagen, dass wir den öffentlichen Raum jetzt durch das Angebot verschiedener Veranstaltungen besetzen.

Publikumsfrage an Constance Arndt

Die Verantwortlichkeit der Arbeit des Stadtparlaments liegt nicht bei Ihnen, denn Sie müssen die Beschlüsse umsetzen, die über Sie zustande kommen, es sei denn, diese sind rechtswidrig. Dennoch möchte ich es etwas zuspitzen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann läuft das doch darauf hinaus, dass die Brandmauer nicht funktioniert, aufgrund der Arbeit mit wechselnden Mehrheiten, die auch unter Beteiligung von Rechten zustande kommen. Auf den Punkt gebracht funktioniert das mit der Brandmauer nicht, die Alternative ist jedoch dann die, dass Sie ihren Job aufgeben müssten.

Kranich: Wo ist die rote Linie?

Arndt: Ich bin kein Brandmauer-Diskussionsfan, weil ich merke, dass es nichts bringt. Wenn ich zurückschaue: Die AfD hat eine Geschichte von 15 Jahren und nun wäre es möglich, dass Wahlergebnisse der AfD in Sachsen und Thüringen in einem zweistelligen Bereich sein könnten! Dann ist das Thema der Brandmauer durch. Die Brandmauern müssen für mich die Fraktionen haben, und die haben sie jedoch nicht, weil es viel zu viele persönliche Beziehungen gibt in einer Stadt. Das leitet dazu über, wo es wesentlich wäre, wenn man gegen die AfD ankämpfen will: Dann muss ich in die Debatte gehen, in die einzelne Debatte. Dort kann ich mich nicht hinter eine Brandmauer stellen und ich denke nicht, dass das gemeint ist. Ich nehme zunehmend wahr, dass wir wieder mehr aufeinander zugehen müssen. Der wahre »Marathon« beginnt, wenn man anfängt in die Einzel-Debatte zu gehen. Mein Erleben dort ist, dass wir zu häufig nicht gut vorbereitet sind, auch auf inhaltlicher Ebene. Ich glaube, man muss eine Brandmauer aufbauen, bei dem Thema Haltung. Ich kommuniziere klar, wo ist die rote Linie und auf welche Art und Weise wollen wir miteinander umgehen. Die ideologische, politische Debatte abzulehnen, weil es eine Brandmauer gibt oder die politische Auseinandersetzung abzulehnen, das halte ich für einen Fehler. Das Verstecken hinter der Brandmauer war leider zu viel. Man hätte viel stärker in die Debatte mit der AfD gehen müssen.

Kranich: Herr Begrich, wie schätzen Sie die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Bündnisse in Stadt und Land ein?

Begrich: Je kleiner der Ort, desto wichtiger ist Arbeit zivilgesellschaftlicher Bündnisse. Am Beispiel von Demonstrationen gegen die AfD in Berlin und Frankfurt kann man das gut verdeutlichen und Unterschiede sichtbar machen. Für Städte dieser Größe haben Demonstrationen höchstwahrscheinlich keine größeren sozialen Kosten. Das sieht in kleineren Städten wie z. B. Zwickau anders aus. In Berlin gehen jeden Tag viele Menschen für oder gegen etwas auf die Straße, das ist eben so, das macht in Berlin jedoch nicht den öffentlichen Raum aus. Je kleiner der Sozialraum ist, in dem diese Auseinandersetzung geführt wird, desto wichtiger ist es, dass es Leute gibt, die sich engagieren.

Kranich: Helfen Brandmauern in der Arbeit auf kommunaler Ebene und warum ist die Rede von Brandmauern?

Begrich: Ich möchte zuerst gerne auf Frau Arndts beschriebene Dynamik des Stadtrats reagieren.

Ich nehme in der beschriebenen Dynamik einen Normalisierungsprozess von rechten Akteuren wahr. Die Normalisierung der AfD passiert auch durch die Auseinandersetzung mit Themen und Fragestellungen, die auf die ersten Blicke nichts oder nur scheinbar nichts mit Rechtsextremismus zu tun haben.

Es gibt verschiedene politische Sprechräume, dazu gehört der Sprechraum des machtpolitischen Aushandelns im Stadtrat. Die Herausforderung in der Auseinandersetzung, nicht nur mit der AfD, ist die Beschreibung des Sprechraums, zu sagen: Wo ist der Ort, um mit der AfD zu kommunizieren? Die Unterscheidung, dass die AfD zwar demokratisch gewählt ist, dass es jedoch keine Demokraten sind, ist von großer Bedeutung. Ich würde sagen für die Fragen des Umgangs mit der AfD und ähnlichen Formationen in der Kommunalpolitik kommt es auf eine Einzelfallabwägung an, und zwar auf jede Einzelfallabwägung. Die Frage lautet nicht, ob wir eine Mehrheit zusammenbekommen, sondern die Frage lautet, welche strategischen Kommunikationen hat das nach außen. Die strategische Kommunikation, die von der AfD erfolgreich geführt wird, wird leider von den demokratischen Parteien einfach nicht geführt. Der kommunikationsstrategische Aspekt wird gerade auf kommunalpolitischer Ebene unterschätzt.

Die Frage, ob es eine Brandmauer gibt, heißt nicht, ja, nein, vielleicht! Die entscheidende Frage lautet: Wie bin ich in der Lage als demokratische Fraktion eine eigenständige politisch-strategische Kommunikation zu führen, die sich ganz bewusst, wenn es darauf ankommt, von dem permanenten Versuch des Agenda Settings der AfD absetzt? Das ist deshalb schwierig, weil die AfD im Bereich der sozialen Medien sehr schnell ist. Man muss versuchen, auf Augenhöhe zu gelangen und den Sprechraum beachten und eine Entscheidung treffen, die man dann durchhält.

Es gibt einfach Themen, bei denen eine Grenze in der Kommunikation mit der AfD ist und die sollte nicht überschritten werden. Ein Beispiel dafür ist der 27. Januar, Gedenktag an die ermordeten Juden des Holocausts, wenn die AfD dabeisteht und andächtig einen Kranz niederlegt. Dort muss es einen klaren Cut geben, denn dort hat die AfD nicht zu suchen.

Kranich: Welche Strategien versprechen hier Erfolg? In einem Gastkommentar schrieben Sie: »Es ist Zeit, das eigene Orchester neu zu arrangieren, um die AfD aus dem Erfolgstakt zu bringen.«

Begrich: Wie geht das? Einer der Bausteine ist, sich abzuwenden von der scheinbaren Pflicht, an dem Versuch des Agenda Settings der AfD mitzuwirken und da würde ich vorschlagen, eigene Themen zu setzen, eigene Begriffe zu verwenden, sich nicht ständig an der AfD abzuarbeiten, wo es nicht nötig ist, sich in der Kunst zu üben, Provokation auch mal ins Leere laufen zu lassen. Dafür dann aber echte Tabu-Brüche wirklich zu sanktionieren und da habe ich den Eindruck, dass das nicht richtig funktioniert. Das hat viel damit zu tun, dass es zu viele Leute gibt, die gegenüber der Kommunikationsoffensive der AfD im politischen Vorfeld nicht sprachfähig sind. Aber wir werden nach den Kommunalwahlen in den ostdeutschen Bundesländern in der Situation sein, dass sich dort viele politische Professionalisierungsprozesse vollziehen werden. Und das heißt gut auszutarieren, wo und in welchen Sprechräumen ist es angesagt mit wem den Dialog zu führen. Und wo und in welchen Sprechräumen ist es wichtig, eine deutliche Grenze zu ziehen und diese Grenze zu halten. Die Frage ist, wie rede ich wo, mit welchem Ziel, in welchem Sprechraum und worüber?

Ich darf mich nicht mit Ideologieproduzenten der AfD auf eine Bühne setzen, bei der von vornherein klar ist, dass dort eine Multiplikation von deren Inhalten stattfindet. Das ist etwas völlig anderes, wenn ich in einem Wählerforum sitze, das ist eindeutig. Ich erlebe, dass diese Klärung nicht stattfindet.

Ich habe erläutert, dass es in der Kommunalpolitik manchmal schwierig ist. Das kann ich gut an einem Praxisbeispiel erklären. Wenn Sie eine Veranstaltung machen z. B. als Verband, dann gibt es eigentlich keine Notwendigkeit die AfD einzuladen. Umgekehrt würde ich selbstverständlich zu einem politischen Forum hingehen, bei welchem die AfD ebenfalls teilnimmt, und muss mich dann dort mit dieser Partei beschäftigen. Das ist eine Frage des Sprechraums, die jedoch nicht geklärt ist. Viel zu häufig erlebe ich Landtagsabgeordnete, welche sich das Mikrofon von der AfD nehmen und dann das tun, was sie am allerbesten können, nämlich über das zu reden, über was sie am liebsten reden und nicht über die Themen, die eigentlich besprochen, diskutiert werden müssten. Der erste Schritt zur Definition von Sprechräumen ist die Wahrnehmung der Strategien der AfD. Unsere Aufgabe ist es die eigenen Begriffe, die eigenen Themen zu definieren und zu sagen: Hier gibt es eine Grenze. Die Frage ist schlichtweg einfach, welche Sprechräume haben wo welche Wirkung.

Für mich ist der Normalisierungsprozess der AfD vollendet, dieser ist nicht mehr aufzuhalten. Was

ist jetzt der nächste Schritt, der nach der Normalisierung kommt? Der Machtzuwachs ist der nächste Schritt, mit welchem es höchste Zeit ist, sich auseinanderzusetzen. Wir werden in der Kommunalpolitik Situationen haben, dass Menschen von der AfD in dem ein oder anderen Beirat, in einem Aufsichtsgremium beisitzen. Wie läuft dann die inhaltliche Auseinandersetzung, wie läuft dann die Abgrenzung? Ich kann nur erneut deutlich sagen, dass es eine Klärung der Sprechräume erfordert, wo die Abgrenzung zu der AfD stattfindet.

Wir können nicht nur zuhören, dass wir es mit einer verfassungsfeindlichen Partei zu tun haben, aber gleichzeitig sagen, naja, mit Menschen, die nicht Björn Höcke sind, mit diesen müssen wir uns dann halt ins Verhältnis setzen. Natürlich müssen wir uns mit denen in ein Verhältnis setzen, aber die Frage ist und bleibt, wie, warum und wo, mit welchem Ziel.

Die Zielbestimmung ist häufig nicht klar. Ich sehe Stadträte, die nur noch Machtpragmatismus operationalisieren. Das wird in der Auseinandersetzung mit dieser Partei scheitern. Haltet die AfD aus symbolischen, hochaufgeladenen Fragestellungen raus.

Kranich: Der Anschlag in Halle 2019 war ein sehr erschütterndes Ereignis, was auch heute einige mit Halle verbinden. Das Datum bleibt im Kopf, Halle wird mit diesem Datum sehr stark verbunden. Herr Gerlach, wie geht Halle damit um? Wie geht das Bündnis gegen Rechts damit um? Darüber hinaus, in welchen Bereichen ist das Bündnis in der Stadt noch aktiv?

Gerlach: Wir versuchen jedes Jahr ein angemessenes zivilgesellschaftliches Gedenken an den Anschlag zu veranstalten, bei welchem auch insbesondere Überlebende, Betroffene und Angehörige zu Wort kommen, ihre Stimmen gehört werden. Die Stimmen eben jener sind für ein kontinuierliches Gedenken bedeutend. Dabei kommt es auch immer wieder zu Reibungs- und Konfliktpunkten mit der Stadtverwaltung. Ein ganz einfaches Beispiel: Bei der Stadtverwaltung wird der Anschlag oft als »Anschlag von Halle« betitelt, obwohl es auch Betroffene in Landsberg-Wiedersdorf gibt. Es gilt auch diese Menschen sichtbar zu machen, um Gedenken zu ermöglichen. Das kam bis heute jedoch nicht bei der Stadtverwaltung an und zeigt eine gewisse fehlende Sensibilität in diesem Zusammenhang. Auch wenn das kleinlich wirken mag, ist es jedoch wichtig den Betroffenen gegenüber, sie und ihre Erfahrung sichtbar zu machen. Die Zusammenarbeit mit der Stadt wird zwar zunehmend

besser, jedoch stellt sich diese als langer Prozess dar.

Das Bündnis »Halle gegen Rechts« besteht aus etwa 50 Einzelorganisationen und über 100 Einzelpersonen. Diesem gehören Parteien, Gewerkschaften, Kirchen an, was das Bündnis sehr stark und vielfältig macht und es deshalb auch bundesweit ein sehr angesehenes Bündnis ist. Aktiv ist das Bündnis in Bildungswochen gegen Rassismus und beim Gedenken an den Anschlag sowie auch durch Erinnerungsarbeit an die Zeit des Nationalsozialismus etwa beim Gedenken an die Bücherverbrennung. Intervention machen wir auch viel. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, wie ein rechter Kulturkampf stattgefunden hat und da setzen wir mit Pressemitteilungen an und veröffentlichen selbst angefertigte Recherchen und organisieren Protest. Das Jahr 2019 ist geprägt durch den Anschlag sowie aber auch durch die Dichtmachung des Hauses der rechtsextremen Identitären Bewegung, einer der Erfolge, die das Bündnis und andere Initiativen in Halle für sich vorweisen können.

Wie steht das Bündnis zu Zusammenarbeiten mit der AfD auf kommunaler Ebene? Und dann ist da noch der Höcke-Prozess, der auch in Halle stattfindet?

Gerlach: Als »Halle gegen Rechts« sitzen wir nicht im Parlament, sondern stehen oft davor und auch da ist ganz klar die Forderung, dass es keine Mehrheiten durch die AfD geben darf. Es heißt manchmal, dass die AfD auf kommunaler Ebene nicht gut organisiert sei oder es dort nur um Sachpolitik ginge. Ich glaube, dass die AfD eine der Parteien ist, die organisiert ist und genau weiß, was sie macht und wie sie den kommunalen Raum nutzt. Gerade deshalb darf es keine Normalisierung durch eine Zusammenarbeit geben. Zum Höcke-Prozess: Worum es uns da geht, ist einfach, dass wir nochmal genauer auf die AfD schauen möchten, das nicht nur auf die Person Höcke beziehen, sondern die AfD als Ganzes betrachten. Weil Höcke ganz weit vorne steht und ganz viel Einfluss auf diese Partei hat und diese Partei ihm auch den gewaltigen Einfluss gewährt. Er symbolisiert die stetig stattfindende Radikalisierung der Partei, aber er ist das nicht alleine. Höcke gehört auch zu den Menschen, die Mehrheiten für sich organisieren können, weil Mehrheiten in der Partei ihm und seinem Kurs folgen. Das in den Fokus zu nehmen ist auch Aufgabe von uns. Es geht nicht darum einzelne Menschen aus dieser Partei zu bekämpfen, sondern es geht darum die AfD als Partei im Ganzen zu bekämpfen.

Kranich: Wie sieht das in Halle aus?

Gerlach: Ich kann an dieser Stelle Frau Arndt erstmal zustimmen. Es ist wichtig, dass man an einem Tisch sitzt und darüber spricht. Ich finde den Titel der Veranstaltung »Demokratie ist ein Marathon« eigentlich sehr schön, weil es sehr viele Aushandlungsprozesse und Kompromisse beinhaltet und das nicht einfach ist, sondern es kann auch schwierig sein. Gleichzeitig ist es als zivilgesellschaftliches Bündnis auch unsere Aufgabe mehr oder weniger anzufeuern. Wir können nicht mitentscheiden, indem wir unsere Hand in den Parlamenten heben, jedoch können wir Druck von außen machen und verdeutlichen, dass eine Veränderung passieren muss. Für die Umsetzung der gewünschten Veränderung seid ihr, also die politischen Mandatsträger, verantwortlich.

So haben wir als Bündnis die Stadtverwaltung mehrmals aufgefordert, dass Verschwörungstheoretikern sowie Rechtsextremen keine Bühne geboten werden sollte. Es ist auch möglich Verträge mit Organisationen, die rechte und verschwörungstheoretische Erzählungen verbreiten, entweder nicht zu gewähren oder diese auch zu kündigen. Jedoch stellt sich die Stadtverwaltung quer und sagt, dass dies nicht möglich wäre. Es ist jedoch sehr wichtig zu versuchen, dass Szenen dieser Art keine Bühnen und keine Räume bekommen. Dies ist anstrengend, jedoch ist Demokratie nun mal ein Marathon.

Wir können von außen auch durch das Ausüben von Druck auf Fraktionen einwirken, um die Zustimmung demokratischer Parteien für Vorhaben der AfD zu vermeiden. Des Weiteren möchte ich immer wieder dazu aufrufen, dass tatsächlich im Parlament das stattfindet, was sich eine breite Zivilgesellschaft wünscht, und gegebenenfalls auch kritisieren, wenn das nicht der Fall ist.

Ich würde gerne noch etwas zu dem Punkt ergänzen, was die Stadtverwaltung tun kann: Ich glaube, obwohl es immer wieder Konflikte zwischen Stadtverwaltung und Bündnissen gibt, tut Stadtverwaltung gut daran, sich schützend vor Bündnisse zu stellen. Das ist Aufgabe der Stadtverwaltung demokratische Bündnisse zu schützen, wenn diese von antidemokratischen Bündnissen oder Parteien angegriffen werden, insbesondere da sie eben Teil einer wehrhaften Demokratie sind.

Kranich: Wir kommen zum Schluss. Sagen Sie einen Punkt, der für sie im kommunalen Bereich wichtig ist, wie wir mit der Herausforde-

rung umgehen, um einen Schritt voran zu kommen.

Arndt: Für mich ist die Idee der Brandmauer die falsche Herangehensweise, wir müssen in die Einzelgespräche gehen und dort auch signalisieren, dass man anderer Meinung ist oder jemandem nicht zustimmt. Ich appelliere da deutlich an die Verantwortungsträger, die deutlich über die Kommunalpolitik hinausgehen. Die Menschen vor Ort, wie z. B. in Zwickau, werden allein gelassen, es wird sich nicht mit den Problemen, die die Menschen haben, beschäftigt. Die Wahrnehmung ist, dass die Dinge, die jemanden, der in Zwickau lebt, zurzeit beschäftigen, in Berlin keinen Widerhall finden. Es gibt keinen, der auf die Menschen zugeht und sagt, lass uns mal reden.

Gerlach: Ich habe eine Antwort von einem Workshop im Kopf: Klare Kante! Ich halte das immer noch für die beste Lösung. Ich glaube es ist wichtig, dass wir der AfD nicht auf dem Leim gehen und nicht das hinterher erzählen, was sie erzählen. Es geht bei Kommunalpolitik nicht nur um Sachpolitik, was wir bei der Debatte um das Gender-Verbot im Stadtrat in Zwickau ganz deutlich zu sehen bekommen haben, dass das was ganz klar Ideologisches ist und nichts mit Sachthemen zu tun hatte. Das ist ein klarer rechter Kulturkampf, der ins Parlament getragen wurde und genauso gerade auf der Straße geführt wird, und da immer wieder in den Widerspruch zu gehen und klare Kante zu zeigen, dass ist das, was Demokrat*innen jetzt machen müssen.

Begrich: Ich kann da auf eine neue Untersuchung von dem Berliner Soziologen Steffen Mau verweisen, Triggerpunkte, die sich mit der Frage auseinandersetzen, wie gespalten die Gesellschaft ist. Ich habe sie mit großem Gewinn gelesen, denn der Effekt der Untersuchung ist der, dass die Gesellschaft nicht in dem Maße gespalten ist, wie wir sie wahrnehmen und das heißt im Umkehrschluss auch, wahrzunehmen, dass es »Polarisierungsunternehmer« gibt, die ein handlungsleitendes Interesse daran haben, Themen zu emotionalisieren und komplexe Themen zu reduzieren, um daraus Mobilisierungsmechanismen für ihre politischen Inhalte zu ziehen. Und das werden wir im Wahlkampf erleben und ich denke, dass es da auf drei Punkte ankommt: Sich nicht irre machen lassen von rechten Diskursdeutungsvorlagen. Im Gespräch mit denen bleiben, die erreichbar sind, und da auch eine gewisse Kontroversitätskompetenz an den Tag zu legen. Deutliche Grenzen zu setzen und die durchzuhalten. 

Stellungnahmen zur Demokratie

Im Wahljahr 2024 debattieren die Direktoren der Evangelischen Akademien in Ostdeutschland monatlich in einem Fachgespräch mit Wissenschaftlerinnen, Medienvertretern und Theologen über den Umgang mit antidemokratischen gesellschaftlichen Tendenzen. Die Essenz dieser Gespräche veröffentlichen die Akademien als gemeinsame Stellungnahmen zur Demokratie.

Stephan Bickhardt, Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen

Dr. Jörg Herrmann, Direktor der Evangelischen Akademie der Nordkirche

Dr. Sebastian Kranich, Direktor der Evangelischen Akademie Thüringen

Dr. Friederike Krippner, Direktorin der Evangelischen Akademie zu Berlin

Christoph Maier, Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt

Hinweis: Die ersten drei Stellungnahmen zur Demokratie aus den Monaten Februar, März und April 2024 sind abgedruckt in der epd-Dokumentation 18/2024 »Kirchliche Stellungnahmen zu Rechtsextremismus und AfD«. Hier folgen die Stellungnahmen aus den Monaten Mai, Juni und Juli 2024.

Den Vormarsch der extremen Rechten stoppen

Warum die Europawahl richtig wichtig ist

4. Stellungnahme zur Demokratie, Mai 2024

Viertes Fachgespräch der Direktor*innen der Evangelischen Akademien in Ostdeutschland mit Wissenschaftlerinnen, Medienvertretern und Theologen

Der Vormarsch rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa ist Realität. Welche Gefahren sind mit ihm verbunden? Was lässt sich ihm entgegensetzen? Anlässlich der Europawahl am 9. Juni haben die Direktor*innen der ostdeutschen Evangelischen Akademien darüber in ihrem vierten Fachgespräch zur Demokratie im Wahljahr 2024 mit Fachleuten diskutiert.

»Wir erleben die schleichende Normalisierung von Themen und Taktik der extremen Rechten«, sagte Sebastian Kranich, Direktor der Evangelischen Akademie Thüringen. »Eine hasserfüllte Sprache und verbale Drohungen münden in Gewalt gegen demokratische Politiker*innen. Asylsuchende werden zu Sündenböcken gemacht. Schutz-, Minderheiten-, Frauen- und Bürgerrechte sind in etlichen europäischen Ländern bereits eingeschränkt worden.« Auch das überwunden geglaubte Führerprinzip finde über post- und neofaschistische

Parteien wieder Anklang in Europa, kritisierte Kranich.

Friederike Krippner, Direktorin der Evangelischen Akademie zu Berlin, stellte fest: »Rechtspopulistinnen und Rechtsextremisten spielen ein doppeltes Spiel. Sie präsentieren sich als antibürgerlich und staatsfern. Einmal an die Macht gekommen, machen sie den Staat zur Beute und bauen dessen Institutionen um.« Zugleich suchten sie den Anschluss an bürgerliche Kräfte. Im europäischen Parlament könnten sie als Mitglieder konservativer Fraktionen ihre Agenda Stück für Stück vorantreiben. Es stünde auch in der Verantwortung konservativer Parteien, rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien nicht in ihre Fraktionen aufzunehmen.

Für Europa stehe viel auf dem Spiel, so die Direktor*innen. Es gelte daher, wirtschaftliche und soziale Probleme, die den Nährboden dieser Entwicklungen bildeten, in den Ländern konstruktiv anzugehen. Zudem müssten Menschen besser politisch gebildet und so befähigt werden, die Untauglichkeit rechter Rezepte zur Problemlösung zu erkennen. Bei der Europawahl am 9. Juni komme es darauf an, dass Demokraten und EU-Befürworterinnen die Mehrheit erhielten. Jede Stimme zähle.

Denn das Europäische Parlament setze in vielen Themenfeldern den Politik- und Rechtsrahmen der Mitgliedsländer. Was in Brüssel entschieden werde, bestimme die Politik in den EU-Staaten massiv – und das mit gutem Grund, denn viele

Aufgaben (z.B. Klimakrise, Sicherheit etc.) könnten nur gemeinsam bewältigt werden. Seiner wichtigen Aufgabe müsse das Europaparlament auch nach der Wahl im Juni weiterhin gerecht werden können.

In guter Verfassung

Warum starke Institutionen keine Diktatur der Eliten sind

5. Stellungnahme zur Demokratie, Juni 2024

Fünftes Fachgespräch der Direktor*innen der Evangelischen Akademien in Ostdeutschland mit Wissenschaftlerinnen, Medienvertretern und Theologen

Trotz zahlreicher Skandale durch antidemokratische und verfassungsfeindliche Aktivitäten auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene scheinen die selbsternannten Alternativen, wie auch immer sie heißen, für viele Menschen immer noch wählbar. In schwierigen Zeiten gibt es ein starkes Bedürfnis nach Kontrolle und einfachen Antworten. Das zeigt sich in der oftmals irrationalen Zustimmung zu autoritären und institutionsfeindlichen Bewegungen und Parteien. Irrational ist diese Zustimmung deshalb, weil die Ziele dieser Bewegungen und Parteien in der Regel auch ganz direkt den Interessen derjenigen widersprechen, die ihnen das Vertrauen schenken.

Christoph Maier, Direktor der Evangelischen Akademie in Wittenberg, mahnt allerdings auch zur Gelassenheit und hebt hervor, dass sich jetzt zeigen werde, »dass wir starke Institutionen haben und sprichwörtlich in guter Verfassung sind. Freiheit und Mitbestimmung durch starke Repräsentanz, das sind die Werte, die sich durchsetzen werden und darauf können wir ganz unaufgeregt vertrauen. Vertrauen können wir in das Grundprinzip der Subsidiarität und vertrauen können

wir auf den zwanglosen Zwang des guten Arguments. Dazu wird es von der Zivilgesellschaft zweierlei brauchen – auch nach der Wahl: Geduld und Beharrlichkeit.«

Daran müsse man immer wieder erinnern und dem eigenen Bedürfnis nach zu starker Kontrolle widerstehen. Starke Institutionen bedeuteten eben nicht notwendigerweise mehr Kontrolle und mehr Bürokratie. Hier gelte es, das rechte Maß zu finden und zu halten. Jörg Herrmann, Direktor der Evangelischen Akademie in Norddeutschland, erinnert an die wichtige Funktion der europäischen Institutionen: »Wir brauchen Europa in diesen Krisenzeiten mehr denn je. Damit die Demokratie stark bleibt und alles für den Frieden getan wird. Damit es mit dem Klimaschutz vorangeht und mehr soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird.« Dafür können am Wochenende in Deutschland erstmals auch Jugendliche ab 16 Jahren stimmen. In der gesamten EU sind mehr als 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger in 27 Staaten zur Wahl aufgerufen. »Jede Stimme zählt. Sie kann Europa barmherziger machen. Jede Stimme für eine demokratische Partei ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger, in dem das gemeinsame Haus eines Tages wichtiger ist als nationale Interessen«, führt Jörg Herrmann aus und fordert: »Gehen wir die Demokratie verteidigen, mit einem langen Atem und Vertrauen in ihre Möglichkeiten, Gutes für alle hervorzubringen. Verhindern wir, dass Europa weiter nach rechts rückt!«

Christliche Hoffnung motiviert zum Kampf gegen den Klimawandel

Warum wir einen Green Deal 2.0 brauchen

6. Stellungnahme zur Demokratie, Juli 2024

Sechstes Fachgespräch der Direktor*innen der Evangelischen Akademien in Ostdeutschland mit Wissenschaftlerinnen, Medienvertretern und Theologen

Nach der Europawahl wird der Green Deal heftig debattiert, mit dem die bisherige EU-Kommission den Klimawandel bremsen wollte. Ist er durch den Rechtsruck gefährdet oder gar erledigt? Bleibt er ein zentrales Vorhaben der EU? Die Direktoren der ostdeutschen Evangelischen Akademien unterstützen in dieser Frage die gemeinsame Empfehlung des Umweltbundesamts und des Bundesamts für Naturschutz für einen Green Deal 2.0.

Darüber haben die Direktoren der ostdeutschen Evangelischen Akademien in ihrem sechsten Fachgespräch zur Demokratie im Wahljahr 2024 diskutiert.

»Ökologie darf keine Frage der Parteipolitik sein und ist auch zur Lösung vieler anderer drängender Probleme von zentraler Bedeutung«, sagte Sebastian Kranich, Direktor der Evangelischen Akademie Thüringen. Deshalb sollten Christlich-

Konservative, Liberale, Sozialdemokraten, Grüne und Linke in der EU weiterhin kooperieren, um das Ziel der Nullverschmutzung, den Schutz von Biodiversität und Ökosystemen sowie nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssysteme voranzubringen, so Kranich.

Stephan Bickhardt, Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen, betonte den biblischen Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung. »Christliche Hoffnung begnügt sich nicht mit Anpassung an ein verändertes Weltklima, sondern motiviert zum Kampf gegen den Klimawandel«, so Bickhardt. Dazu bedürfe es neben technischen Innovationen auch einer Haltung des »weniger ist mehr«. In Genügsamkeit könne auch ein Mehrwert liegen.

Es brauche gleichermaßen langen Atem wie Entschlusskraft von Politik, aber auch die engagierte Unterstützung der Zivilgesellschaft, so die Direktoren. Der Versuchung der Resignation gelte es zu widerstehen. Es komme darauf an, eine Drei-Grad-Welt zu verhindern, in der weite Teile der Erde unbewohnbar würden. Zudem bedeute Klimaschutz auch Klimagerechtigkeit und sei eine Voraussetzung für nachhaltigen Wohlstand und eine friedlichere Welt.

Jahrgang 2023

- 42/23 – **Under God's Blessing – Shaping the Future** (16. Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), Tallin, 14. bis 20. Juni 2023)
40 Seiten / 4,30 €
- 43/23 – »Der Tod steht uns gut« – **Hospizarbeit im Wandel** (25. Loccumer Hospiztagung, 3. bis 5. März 2023, Ev. Akademie Loccum) – 24 Seiten / 3,60 €
- 44/23 – **Stellungnahme des Rates der EKD zur Regelung zum Schwangerschaftsabbruch / Tag der Deutschen Einheit** – Predigten (Fehrs/Heße), Festrede (Harbarth) / **Andacht beim Festakt 175 Jahre Diakonie** (Kurschus) – 24 Seiten / 3,60 €
- 45/23 – **50 Jahre Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP)** – Festveranstaltung, Frankfurt am Main, 4. Oktober 2023 – 28 Seiten / 3,60 €
- 46/23 – **Ehrlichkeit ist das Gebot der Stunde – Beitrag der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zur Auswertung des deutschen Einsatzes in Afghanistan** (Berlin, 30. August 2023)
20 Seiten / 2,80 €
- 47/23 – **Diskussion über § 218** (Diakonie, Ökumenischer Arbeitskreis u.a.) / **Solidaritätskundgebung mit Israel** (Berlin, 22. Oktober 2023) / **375 Jahre Westfälischer Friede** (Osnabrück, 25. Oktober 2023)
32 Seiten / 4,30 €
- 48/23 – **Verleihung des ökumenischen Predigtpreises 2023**, Bonn, 16. Oktober 2023 – 28 Seiten / 3,60 €
- 49/23 – **Synodentagung (1): Texte von VELKD und UEK** (Ulm, 10. bis 13. November 2023)
44 Seiten / 4,80 €
- 50-51/23 – **50 Jahre Leuenberger Konkordie** – Ausgewählte Texte aus Veranstaltungen im Jubiläumsjahr 2023 – 100 Seiten / 7,50 €

Jahrgang 2024

- 1-2/24 – **Rüstungsexportbericht 2023** (Vorgelegt von der Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) am 12. Dezember 2023 in Berlin) – 72 Seiten / 6,10 €
- 3/24 – **Synodentagung (2): Texte zur Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)** (Ulm, 12. bis 14. November 2023) / Rücktrittserklärung von Präses Dr. h.c. Annette Kurschus (Bielefeld, 20. November 2023) – 36 Seiten / 4,30 €
- 4-5/24 – **Zwischen Paternalismus und Partizipation – Sinti* und Roma* in Geschichte und Gegenwart kirchlicher Sozialarbeit** (Fachtagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen, Nürnberg, 24. bis 25. November 2023) – 76 Seiten / 6,10 €
- 6/24 – **Kirchengemeinschaft auf dem Weg** (Abschlussdokument zu dem Lehrgespräch zwischen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und dem Bund Evangelisch-

Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland – Baptisten (BEFG) in den Jahren 2017-2023) – 48 Seiten / 4,80 €

7/24 – **Synodentagung (3): Texte zur Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)** (12. bis 14. November (Ulm) und 5. Dezember (digital) 2023) – 60 Seiten / 5,30 €

8/24 – **Kirche. Politik. Medien. Relevanzverluste und Bedeutungsgewinne** (Beiträge zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen vom 15. bis 16. September 2023) – 44 Seiten / 4,80 €

9/24 – **Holocaust-Gedenktag / Kirchentags-Sonntag:** Predigt von DEKT-Präsidentin Anja Siegesmund, Hannover, 2. Februar 2024 / **Ökumenischer Tag der Schöpfung:** Prof. Dr. Wolfgang Lucht
24 Seiten / 3,60 €

10-11/24 – **Christlicher Antisemitismus: Ursachen – Einsichten – Konsequenzen** (Tagung der Evangelischen Tutzing, 23. bis 25. Oktober 2023)
88 Seiten / 6,80 €

12/24 – **One Body, One Spirit, One Hope/ Ein Körper, Ein Geist, Eine Hoffnung** (13. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB), Krakau, 13. bis 19. September 2023) – 68 Seiten / 5,60 €

13/24 – **Ökumenischer Lagebericht 2023 des Konfessionskundlichen Instituts** (Kollegium des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, Arbeitswerk der EKD, Bensheim) – 64 Seiten / 5,60 €

14/24 – **16. LutherKonferenz der Internationalen Martin Luther Stiftung und Verleihung der LutherRose**, Lutherstadt Wittenberg, 11. November 2023 – 40 Seiten / 4,30 €

15/24 – **Inventur. Schulbücher jüdisch-christlich bedenken** (Tagung Berlin, 13. bis 14. November 2023)
56 Seiten / 5,30 €

16-17/24 – **Die Welt nicht akzeptieren, wie sie ist – Dorothee Sölle zum 20. Todestag** (Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing, 10. bis 12. November 2023) – 88 Seiten / 6,80 €

18/24 – **Kirchliche Stellungnahmen zu Rechts-extremismus und AfD** – 40 Seiten / 4,30 €

19/24 – **Kirche & Diakonie in der Zeitenwende #aus Liebe genauer hinschauen** (Tagung der Ev. Akademie Tutzing in Kooperation mit der Diakonie Deutschland, Tutzing, 2. bis 3. November 2023)
48 Seiten / 4,80 €

20/24 – »**Friede diesem Haus**« – Wort der deutschen Bischöfe (Zusammenfassung und Statements von Bischof Dr. Georg Bätzing, Bischof Dr. Bertram Meier und Prof. i. R. Dr. Heinz-Günther Stobbe – Augsburg, 21. Februar 2024) / **Kirchliche Stimmen zum Wahljahr 2024** – 20 Seiten / 2,80 €

21/24 – **Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität** (Fünfter digitaler Studientag der Evangelischen Akademien zur Friedensethik, 23. Februar 2024) – 28 Seiten / 3,60 €

22/24 – **Digitaler als gedacht, aber noch viel zu tun**
Ergebnisübersicht der 1. VRK/Macromedia-Studie
»Digitalisierung im Raum der Kirchen« (DiRK)
48 Seiten / 4,80 €

23-24/24 – **Evangelische Publizistik – wohin?**
(Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing in Ko-
operation mit dem Magazin *zeitzeichen*, der Universität
Greifswald und dem Evangelischen Medienverband in
Deutschland (EMVD), 28. Februar bis 1. März 2024)
80 Seiten / 6,10 €

25/24 – **75. Jahrestag der Verkündung des Grundge-
setzes** (Berlin, 23. Mai 2024) / **Interkulturelle Woche**
(15. Mai 2024) / **Statements zu einem gemeinsamen**
Text der EKD und DBK »Mehr Sichtbarkeit in der
Einheit und mehr Versöhnung in der Verschiedenheit.
Zu den Chancen einer prozessorientierten Ökumene«
(14. März 2024) – 28 Seiten / 3,60 €

26/24 – **103. Deutscher Katholikentag – ausgewählte**
Texte (Erfurt, 29. Mai bis 2. Juni 2024)
36 Seiten / 4,30 €

27/24 – **Treibhausgas-Bilanzierungs-FAQ – Empfeh-
lungen zur Berechnung der THG-Emissionen in**
Landeskirchen und Diözesen (Forschungsstätte der
Evang. Studiengemeinschaft e.V. (FEST), Heidelberg)
28 Seiten / 3,60 €

28/24 – **EKD-Gedenkgottesdienst Nawalny**, Berlin,
4. Juni 2024 / **Gedenkfeier Lübcke**, Kassel, 2. Juni
2024 / **Theaterpredigt Kühnbaum-Schmidt**, Schwerin,
10. März 2024 / **Johannes Rehm: »Doch der Segen**
kommt von oben«, Lauchhammer, 21. März 2024
24 Seiten / 3,60 €

29/24 – **Johannisempfang der EKD** (Berlin, 26. Juni
2024, Rede Kirsten Fehrs) / **Manifest »Kirchen sind**

Gemeingüter!« (Mai 2024) / **Kundgebung »Zusam-
men für Demokratie, Vielfalt und Toleranz«** (Essen,
29. Juni 2024, Rede Anna-Nicole Heinrich) / **Predigt**
zur Fußball-Europameisterschaft (Düsseldorf,
16. Juni 2024, Thorsten Latzel) – 24 Seiten / 3,60 €

30/24 – **Sport und Medien. Zwischen verliebter Nähe**
und kritischer Distanz (6. Sportethischer Fachtag der
EKD, Ev. Akademie Frankfurt, 19. März 2024)
36 Seiten / 4,30 €

31/24 – **Organspende – Initiativen zur Einführung**
der Widerspruchsregelung (Beschluss des Bundes-
rates, 5. Juli 2024 / Rede NRW-Gesundheitsminister
Laumann, 14. Juni 2024 / Gruppenantrag MdB Sabine
Dittmar, Gitta Connemann et al., 21. Juni 2024)
32 Seiten / 4,30 €

32/24 – **Rechtserhaltende Gewalt nach der Zeiten-
wende – Die Refokussierung auf die Landes- und**
Bündnisverteidigung (Heidelberger Forum zur Frie-
densethik, Forschungsstätte der Evangelischen Studi-
engemeinschaft (FEST), Konsultation vom 15. bis
16. April 2024 – 32 Seiten / 4,30 €

33/24 – **Asylverfahren in Drittstaaten** (Sachstands-
bericht der Bundesregierung und Stellungnahmen von
Sachverständigen, Berlin, Juni 2024)
68 Seiten / 5,60 €

34/24 – **Demokratie ist ein Marathon – Über den**
Umgang mit rechten Parteien im Osten Deutschlands
(Kongress der Ev. Akademien Sachsen, Sachsen-
Anhalt, Thüringen und Berlin, Halle (Saale), 19. bis
20. April 2024) / **Stellungnahmen zur Demokratie**
(Ev. Akademien in Ostdeutschland, Mai/Juni/Juli
2024) – 36 Seiten / 4,30 €

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation
(ISSN 1619-5809) kann
im Abonnement oder
einzeln bezogen werden.
Pro Jahr erscheinen
mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen:
GEP gGmbH Leserservice
Postfach 1154
23600 Bad Schwartau
Tel.: 0451 4906-830
Fax: 0451 4906-950
E-Mail: gep-
leserservice@medienexpert.com
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet mo-
natlich 36,00 € inkl. Versand
(mit Zugang zum digitalen
Archiv: 41,90 €). E-Mail-Bezug
im PDF-Format 33,25 €. Die
Preise für Einzelbestellungen
sind nach Umfang der Ausga-
be und nach Anzahl der
Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den
Preis eines Einzelexemplars;
dazu kommt pro Auftrag eine
Versandkostenpauschale
(inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf
chlorfrei gebleichtem Papier
gedruckt.